

Context XXI

ISSN 1028-2319 • 50,- ATS • 7,- DEM

Nummer 4-5/1999

VOM SINN ZUM WAHNSINN

Interesse, Gewissen und Projektion im Jugoslawienkrieg 4

VON ULI KRUG

VOM STOFF ZUM ZOFF

Dealerparanoia – Staatliche Repression und der Haß des Mobs. 9

VON DANNY JUNG

Polizeiliche Drogenbekämpfung. 13

Ein Buch von Heiner Busch, gelesen VON MANFRED GMEINER

VOM MENSCHEN ZUM INLÄNDER

Demokratischer Rassismus – mensenrechtlicher Antirassismus. 15

VON HERBERT AUINGER

VOM MENSCHEN ZUM NEGER

Die Erfindung der Rassen 19

VON GERHARD SCHEIT

VOM RASSISTEN ZUM HUMANISTEN

Die Verwandlung Tintins – vom Abendländer zum Kosmopoliten 23

VON ALEXANDER SCHÜRMANN-EMANUELY

VOM IMPERIALISMUS ZUM INTERVENTIONISMUS

Katastrophenkataster Osttimor – Begehung eines Trümmerfeldes. 26

VON RAINER WERNING

VOM ISLAM ZUM ISMUS

Sudan – Zwischen Repression und Rebellion 31

VON THOMAS SCHMIDINGER

VOM ABGETAKEL ZUM SPEKTAKEL

Inszenierte Politik – Politik durch Inszenierung 35

VON MARKUS PINTER

Impressum 3



© dIE nOI

Wohin geht Österreich?

Liebe Leserin, lieber Leser!

Aus den meisten Zeitungen und Zeitschriften ist das Thema „Jugoslawienkrieg“ schon wieder verschwunden. Über die Gründe, die zu diesem Krieg geführt haben, herrscht deswegen noch lange keine Einigkeit. Mit Uli Krugs Erwiderung auf Hannes Hofbauers Artikel in der letzten Nummer von **Context XXI** versuchen wir, die Diskussion über diese Gründe fortzuführen. Während wir das tun, findet in einer anderen Weltregion bereits die nächste Intervention im Namen des Humanismus statt. Den historischen Hintergrund des Eingreifens in Osttimor beleuchtet für uns Rainer Werning, der sich zur Zeit wieder in Südostasien aufhält. Aber auch Länder, die gerade nicht im Zentrum des Interesses der Weltöffentlichkeit stehen, sollen bei uns weiterhin Beachtung finden – in diesem Heft mit einem Beitrag unseres reisefreudigen Autors Thomas Schmidinger über den Sudan.

Nach dem rassistischen Wahlkampf der FPÖ, der den

Stimmenzuwachs der Freiheitlichen vermutlich erst ermöglicht hat, schien es uns geboten, dem Thema „Rassismus“ erneut einige Aufmerksamkeit zu schenken. Vor allem die Verbindung der Freiheitlichen von rassistischer Hetze und Ressentiments gegen VerkäuferInnen von verbotenen Rauschmitteln, die in der vernichtungsschwangeren Plakataufforderung „Keine Gnade für Drogendealer“ ihren Höhepunkt fand, haben uns animiert, Ihnen, werte LeserInnen, einige Klarstellungen zum Zusammenhang von Drogen, Polizeiaufrüstung, DealerInnen, Rassismus und Antisemitismus zuzumuten.

Eine Zumutung der anderen Art war die Manifestation des demokratischen Antifaschismus am 12. November. Demokratische IdealistInnen mobilisierten zu einer Demonstration, bei der mit überschwenglichem Patriotismus – „Wir sind Österreich“, hieß es in dem Aufruf – gegen den bösen Nationalismus protestiert werden soll-

te. Was das jeweils eine mit dem jeweils anderen zu tun hat, interessiert dabei offensichtlich nicht.

Die Anrufung des Staates als ideeller Gesamtantirassismus verschweigt die Schaffung und Sicherung der Grundlage des modernen Rassismus, die staatliche Trennung von In- und Ausländern. Die Demokratie mag die eine oder andere Form von sich nicht nach Verwertungs- und Herrschaftsbedürfnissen richten, den rassistischen und nationalistischen Äußerungen verwerfen, ansonsten ist ihr Rassismus aber in etwa so wessensfremd wie Wahlen. Der moderate Antirassismus des demokratischen Staates wird ergänzt durch seine Rolle als rassistischer Moderator, die der demokratische Antifaschismus aber ignoriert, da er den Staat als Hüter der Menschenrechte affirmiert. Mit denen kommt man dem demokratischen Rassismus aber sowieso nicht bei, denn die unterschiedliche Behandlung von Menschen auf Grund ih-

rer Herkunft ist vollkommen menschenrechtskonform.

Die Widersinnigkeit ihres Unterfangens, im Namen Österreichs, also im Namen der Nation, gegen den Nationalismus anzurennen, scheint den demokratischen Antifaschisten, die in der FPÖ nur das „Ewiggestrige, Unaufgeklärte“, nicht aber das Moderne, demokratisch-faschistische und daher auch für Krisenmanager und -managerinnen anderer Parteien Vorbildhafte sehen können, gar nicht erst in den Sinn zu kommen. Mit ihren Plakaten hat sich die FPÖ nicht „selbst ausgegrenzt“, sondern die von der Demokratie betriebene Ausgrenzung auf die Spitze getrieben. Haider steht nicht für „einen totalen Bruch mit dem demokratischen Grundkonsens“, wie es in dem Aufruf hieß, sondern für die endgültige Verwirklichung der Drohungen des demokratischen Rechtsstaats.

Die Freiheitlichen sind Österreich und die Organisatoren der Demo vom 12. November sind Österreich – wo sind seine Kritiker?

STEPHAN GRIGAT,
NOVEMBER 1999

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16
E-mail: contextXXI@mediaweb.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung **Redaktion:** diE nOt, Manfred Gmeiner, Stephan Grigat (koordinierender Redakteur), Elfriede Hufnagl, Markus Kemmerling, Markus Pinter, Alexander Schürmann-Emanuel (Hereingeber der Internet-Ausgabe) und Robert Zöchling (geschäftsführender

Redakteur) **AutorInnen dieser Ausgabe:** Herbert Auinger, Danny Jung, Uli Krug, Gerhard Scheit, Thomas Schmidinger, Rainer Werning **Titelgraphik:** diE nOt **Layout:** Kemmerling Zöchling & Partner Medien- und Informationsdienste KEG, Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien, Telefon 533 14 27, Telefax 532 74 16 **Hersteller:** Resch & Vana, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4 **Abo:** 250,- ATS/Jahr; Förderabo: 700,- ATS/Jahr; Ausland: 350,- ATS/Jahr, Übersee: 450,- ATS/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten **Mitgliedschaft ARGE WDV:** 500,- ATS/Jahr; ermäßigt: 350,- ATS (inkl. Abo **Context XXI**) **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ 11.000) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://contextXXI.mediaweb.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint am 13. Dezember

Interesse, Gewissen und Projektion im Jugoslawienkrieg

Eine Kritik der geo-materialistischen Erklärungsversuche für die NATO-Aggression inklusive einer Replik auf Hannes Hofbauers Beitrag „Die Folgen des NATO-Krieges gegen Jugoslawien“ in der Nummer 3/99 von **Context XXI**

VON ULI KRUG*

Die klassische Aufklärung hielt Ideologie für das Werk „lügender Priester“. Diese manipulierten ihre Schäfchen, auf daß diese ihre unmittelbaren Interessen hintanstellten und stattdessen die Kaste dieser Lügner weiter an der Macht bleiben ließen, womit das Interesse zumindest der Lügenden gewahrt wurde. Daß die Form der Ideologie selber ex negativo die Wahrheit über die Ohnmacht der Menschen gegenüber dem selbsttätigen Mechanismus ihrer Reproduktion, der Funktionsweise ihrer Gesellschaft, ausspricht, war dem klassischen Aufklärer so fremd wie seinen Nachfahren im Geiste, den „materialistisch“ sich gebärdenden Kriegsanalysten. Mit einem Handstreich wischt er die Lügen der modernen Priester vom Tisch, um hinter diesem Trugbild die wahren, d.h. auf Bereicherung abzielenden „Interessen“ aufzudecken.

Dabei macht es offenbar nichts, daß „Interessen“ dieses Typs weit und breit nicht zu entdecken sind – schon gar nicht auf dem Balkan, geschweige denn im Kosovo. Ein Gedanke, auf den eben jene „materialistischen“ Aufklärer selber kommen müßten, wendeten sie nur einen Bruchteil der Energie, mit der sie geostrategische Tischgespräche amerikanischer Außenminister belauschen, dafür auf, die Plausibilität ihrer ach so brisanten Funde zu überprüfen. Da gelingt es bei-

spielsweise pars pro toto Hannes Hofbauer in der letzten Nummer dieser Zeitschrift aus Artikel 1, Absatz 4a des Rambouillet-Abkommens, der die Marktwirtschaft für eine zukünftige Kosovo-Ordnung festschreibt, ein „Kolonisierungs“-Interesse des Westens herauszulesen, das unter dem Tarnnamen „Osterweiterung“ von EU bzw. NATO bereits seit zehn Jahren auf Krieg drängte. Daß der ehemalige RGW-Raum nach gängigen ökonomischen Kriterien des Weltmarktes nichts zu bieten hat, dessen Sanierungskosten nicht jede zukünftige Profithoffnung ad absurdum führen würde, ignoriert Hofbauer souverän. Die Ankündigung, sich einen Haufen derartig hoffnungsloser Sanierungsgebiete ans Bein zu binden, stammt nicht aus dem Reich der betriebswirtschaftlichen Kalkulation, sondern aus dem tröstlicher Propagandaversprechungen: Die Osterweiterung wird Osteuropa nicht aufgedrängt, sondern dieses lechzt nach ihr wie ein Verdurstender nach der Oase; für den Großteil wird sie eine Fata Morgana bleiben.

Ebenso ignoriert Hofbauer, daß der Weltmarkt nicht mehr gegen irgendwelche ihm entzogene „integrierte wirtschaftliche Räume“ durchgesetzt werden muß – denn das ist er bereits seit allerspätestens 1989. Es gibt nichts zu erobern, was die nach Devisen – gleich ob Euro oder Dollar – lechzenden postsozialistischen Regime,

einschließlich Jugoslawiens und Rußlands, nicht auch extrem preisgünstig und freiwillig vor die Türen der Aggressoren im Kosovokrieg tragen würden.

Daß also der „stumme Zwang der Verhältnisse“ (Marx) einen viel billigeren Zugang zu benötigten Rohstoffen vorstellt als jeder Kolonialismus, ist Hofbauer entgangen: Nichts als der bloße Wille des Analytikers, einen direkten Zusammenhang zwischen stofflichem und monetärem Reichtum zu entdecken, kann von einer Neuaufgabe des Kolonialismus phantasieren. Denn, wenn es einen direkten Zusammenhang gibt, dann nur den zwischen dem säkularen Verfall der Rohstoffpreise und der ebenso säkularen Dekolonialisierung: Wer auch immer Territorien beherrscht, in denen Gas, Öl etc. gefördert werden können, wird gezwungen sein, dieses auf dem Weltmarkt abzuliefern, um wenigstens die notwendige Infrastruktur seiner Herrschaft (und sei's nur die seiner Armee) noch bezahlen zu können: Ob diese Bittgänger des Weltmarktes nun russische Provinzfürsten oder deren grausamere Regressionsform, islamische Stammesfürsten, sein werden, ist dabei von untergeordneter Wichtigkeit. Nun würden Hofbauer und Co argumentieren, daß der Kosovo-Krieg doch auch ein Probelauf für den unwahrscheinlichen Fall gewesen sein könnte, daß der

*) Uli Krug ist Redakteur der Berliner Zeitschrift *Bahamas*

Machtkampf zwischen ersteren und letzteren tatsächlich die westliche Ölversorgung ins Stocken bringen würde. Aber noch nicht mal mit einem derartig weit hergeholten Argument läßt sich die Rede vom knallhart geostrategischen „ökonomischen Interesse“ hinter dem Menschenrechtsgerede noch retten: Denn im hier imaginierten Falle ginge es um die Einrichtung einer funktionstüchtigen Herrschaft und nicht wie in Jugoslawien um deren Zerstörung. Einen Milosevic kann man noch mit Luftangriffen erpressen; diejenigen, die nach den Milosevics kommen, die Clans- und Bandenführer sind so kaum erreichbar.

Vom tatsächlichen Zustand der Welt im postkolonialen Zeitalter völlig unbeeindruckt, verweist der Geomaterialist auf Quellen amtlich bestellter Geostrategen und solcher, die es werden wollen, die ihn in seinen Annahmen bestärken. Auf die Idee, daß die Abwegigkeit und Wolkigkeit dieser von Einflußräumen und Interessenzonen schwadronierenden Insiderexpertisen damit zusammenhängt, daß solche Räume und Zonen nach gängigen ökonomischen Kriterien des Weltmarktes gegenstandslos sind, kommt der Geomaterialist nicht. Ebenso wenig darauf, daß er sich dem Typus solcher Experten ohne Not anähnt, die genau wie er das Kapitalverhältnis für ein nützlich Ding halten, für einen durch politische Messerschnitte zu teilenden Kuchen, und in dem es keinen Unterschied zwischen stofflichem und abstraktem Reichtum, zwischen Erdöl und Geld gibt. Daß der antiimperialistische Materialist damit mit Marx nichts, mit Keynes aber umso mehr zu tun hat, sollte

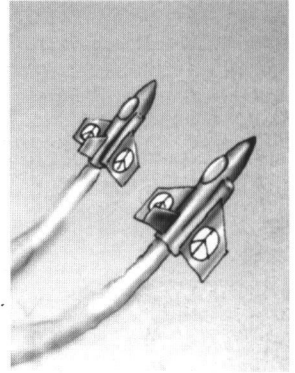
ihm zu denken geben. Wie letzterer nämlich verkündet er: Geld ist sozusagen die gleiche Sache wie Grünkäse, wobei Grünkäse hier als Synonym für Bodenschätze zu verstehen ist. Und so legt er die Maßstäbe, die für die Produktion von Grünkäse fürs einfache Bedürfnis im ebenso einfachen Warenverkehr gelten, umstandslos auf die Produktion von Tauschwert aus Tauschwert, das geldheckende Geld in Form von Kredit und Anlagefonds, an. Daß die materielle Gestalt der Ware, der Grünkäse also, nur eine dem Wert durchaus gleichgültige Durchgangsstation seiner selbsttätigen, subjekt- wie stofflosen Bewegung, ist; daß er die sogenannte ökonomische Attraktivität einer Sache setzt oder verwirft; daß also der Besitz von Kohlerevieren vor 100 Jahren rentabel sein konnte, es heute aber nicht mehr sein muß; all das ist am Materialisten vorübergegangen.

Die sinkenden Gewinnmargen der Roh- und Grundstoffindustrien, die nur begrenzt rationalisierbar sind, waren schon zu Spätzeiten des RGW nicht mehr konkurrenzfähig mit den auf den freien Kapitalmärkten möglichen Zinsgewinnen. Nicht, daß das Finanzkapital am Untergang des Produktivkapitals schuld ist: Der Preisverfall der geologischen wie humanen Rohstoffe des Kapitals ist Resultat der Produktivitätssteigerung der Arbeitskraft dank des Kapitals stets wachsender organischer Zusammensetzung (nicht aller empirischen Kapitale, sondern im weltgesellschaftlichen Durchschnitt). Die dritte industrielle Revolution hat dabei Bedingungen geschaffen, die aus in Schwer- und Grundstoffindustrien fix an-

gelegtem Kapital einen Bittgänger des fluiden Anlagekapitals machen. Letzteres zieht es stets vor, in die Sparten der höchsten Zusammensetzung zu fließen, weil diese den Surplus aufgrund des Produktivitätsvorsprungs realisieren. Der unmittelbare Besitz von Grundindustrien wird so zunehmend zu einem Risiko, gar einer Last und nicht zu einer sicheren Quelle des Gewinns, völlig unabhängig davon, ob Öl oder Braunkohle nützliche Gegenstände sind oder nicht. Wie der „stumme Zwang der Verhältnisse“, des vollendeten Marktes, die Besitzer von Arbeitskraft nicht nur „freiwillig“ zur Arbeit gehen, sondern sich gegenseitig unterbieten läßt in der Ablieferung ihrer zunehmend wertlosen Ware, so ergeht es auch den Besitzern der geologischen Rohstoffe. Je weniger das Kapital unmittelbar für die Erhaltung der einen bzw. die Förderung der anderen aufkommen muß, desto besser.

Politische Ökonomie der Interesselosigkeit

Die Gewissenskriege werden nicht um des Objektes, des Feindes willen geführt. Die Ideologie der Interesselosigkeit, die die westlichen Aggressoren sich noch mit Stolz an die Brust hefteten, ist also bitter ernst zu nehmen. Sie hat ebenso wie die new labour-Rede von der „Eigenverantwortung“ mit dem globalen Wertverfall der Arbeitskraft zu tun. Mit dem geologisch-sachlichen Wertverfall steht die sogenannte „Diktatorendämmerung“ in Zusammenhang. Daß man meint, den einen oder anderen dieser Diktatoren, wenn sie überhaupt welche sind, stürzen zu müssen, liegt weniger in der Ökonomie im



Pazifistische Bomber,
aus *Bahamas* 29/1999

Hofbauerschen Sinn begründet, sondern in der kollektiven seelischen Ökonomie derer, die freedom and democracy exekutieren.

Gerade die Gleichgültigkeit des Restes der Welt für die Reproduktion und Akkumulation des abstrakten Reichtums revitalisiert bei den sogenannten Eliten der westlichen Welt dieselben urbürgerlichen Ängste, die ein Bettler oder Flüchtling beim Sozialstaatsbürger hervorruft: Die Angst vor dem Spiegel, in dem der einzelne seine potentielle Überflüssigkeit anschaut, die Angst vor dem Spiegel, in dem das Ende sozialstaatlicher Elendsverwaltung sich abzeichnet. Genauso wenig wie der Mord an einem der gehaßten Ausländer aber die eigene Überflüssigkeit tatsächlich bannt, genauso wenig gelingt die Erbringung des Beweises, daß durch den freien und gleichen Tausch in den postsozialistischen Zusammenbruchsökonomien irgendetwas wie Entwicklung statt Zerfall erreicht werden kann. Genauso wie das Einzel- projiziert auch das Kollektivsubjekt: Wie dem einen sinistre Mächte die Früchte der eigenen Arbeitswilligkeit und staatsbürgerlichen Loyalität vorenthalten, der reiche Schmarotzer und der arme Flüchtling nach bekanntem antisemitischem Muster in eins verschmelzen, so durchkreuzt dem anderen der Schurkenstaat die Entwicklung einer Region, oder es ist eben jener korrupte Diktator, der das Land ins Elend treibt – niemals dürfen es die Grundlage der Menschenrechte, das Eigentum und der Tausch selber sein, die das Elend hervorrufen. Die Unmöglichkeit der Schaffung von freiheitlich-friedlichen Spielwiesen nach west-

lichen Spielregeln nötigt zur Erfindung des Störenfriedes, nach dessen Eliminierung alles so sein soll, wie es niemals sein kann. Dazwischen pendelt die Wahrnehmung des Balkans. Daß Milosevic nichts mit dem Subventionsloch Bosnien zu tun hat, ist uninteressant: Denn die Welt – und damit der Balkan – bestehen allein noch aus Wille und Vorstellung, die man sich von keiner noch so naheliegenden Überlegung zunichte machen lassen will. Die Errichtung von Protektoraten wie Bosnien und Kosovo dienten natürlich auch der sogenannten Flüchtlingsrückführung. Ihre Existenz erklärt sich aber nicht daraus; denn hätte man Jugoslawien nicht parzelliert bzw. die lokalen Nutznießer eines „eigenen“ Staates nicht zur Gründung der selben ermutigt und militärisch-logistisch dazu befähigt, hätte man „Flüchtlingsprobleme“ wie im bosnischen Falle überhaupt nicht auf den Plan gerufen.

Der Krieg in Jugoslawien ist Teil eines endlosen, niemals zu gewinnenden Krieges der Verteidiger der Marktwirtschaft gegen deren höchst eigenen Krisencharakter; einer der Klientel des Kapitals gegen dessen eigene Wirkungsweise. Als materiell zielloser wird er aus einem nicht befriedigbaren Selbsterhaltungstrieb geführt, der an nahezu beliebigen Projektionsobjekten geführt wird und deshalb niemals zu gewinnen ist und eben deshalb auch niemals aufhören kann.

Ziellos bleibt er, auch wenn die westlichen Mächte miteinander konkurrieren, denn es ist eine Konkurrenz ohne Objekt: Das Streben nach Macht und Einfluß bei irgendwelchen Desparado-banden zeitigt keinen unmit-

telbaren ökonomischen Effekt. Um so mehr hofft man auf einen mittelbaren, der da wäre, Anleger und Fonds durch Beweis der eigenen militärischen Stärke eine Investitionssicherheit vorzugaukeln, die mit der Fähigkeit der jeweils anderen, Bomben abzuwerfen oder völkische Banditen aufzuwiegeln, nichts zu tun hat. Derselbe Zusammenhang, der von Anfang an „Interesse“ und Projektion zusammenschmiedete, regiert auch hier: Als ob die Krise, die die Angst für den Anleger wie für jedes auf Tausch angewiesene Subjekt so konstitutiv macht, durch militärische Stärke und die Fähigkeit weltweit einzugreifen, gebannt würde. Allerdings mag sich in ihr bereits der Potlatsch ankündigen, der im Wahn bereits vorweggenommene Zusammenbruch des Weltmarktes, der erst Eroberungs- bzw. Zerstörungsökonomie wieder auf den Plan setzen würde. Vorerst aber gelten noch die Kriterien des globalen Tausches, der Eroberungen aller Art zu toten Kosten des auf dem Markt um Anleger stattfindenden Konkurrenzkampfs macht.

Ob und wann imperiale Mächte stellvertretend für ihre Währungen dann doch aufeinander einschlagen oder Rußland in Schranken verweisen zu müssen meinen, in denen es sich ohnehin befindet, läßt sich schlechterdings nicht voraussagen: Und das gerade, weil klassisch imperialistische Argumentationen nur noch zur oberflächlichen Rationalisierung des Vorgehens gegen jeweils ausgespähete Feinde des Freihandels und der Demokratie vorgebracht werden – wenigstens von seiten der Amerikaner; der reine Idealismus Deutschlands weist „Interes-

antimilitarismus information

10/99 Scharpings Wunschliste

ami

- Kosovoflüchtlinge: Doppel-moral und Instrumentalisierung
- Jagd auf russische Umweltschützer
- Geheimdienste und private Datenquellen
- Rheinmetall kauft Oerlikon Contraves
- Rot-Grüne Rüstungsausgaben 1999/2000
- CSU-Waffenschieber
- Europäische Rüstungsagentur
- Demokratie auf Ost-Timor? uvm.

monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abos: 9 Normal-/ 3 Themenhefte DM 50.-;
Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.-
(+Porto). Probeheft gratis
Bezug: Verein für friedenspolitische
Publizistik e.V., Kurfürstenstr. 14, 10785
Berlin e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
http://userpage.fu-berlin.de/~ami
Telefon/Fax: ++30-25 79 73 42

se“, gar merkantiles, von sich. Nicht der klassische Imperialismus tarnt sich ethisch, sondern der imperialistische Firnis über der reinen Ethik ist dünn geworden.

Postnationale Gewissenskriege

Diese Interesselosigkeit an den Orten und Zielen der Kriegseinsätze, mit der sich die Aggressoren im jüngsten Jugoslawienkrieg auch noch brüsten, zeigte mit aller Deutlichkeit der Somaliaeinsatz. So schnell die humanitären Interventionisten vor Ort waren, so gleichgültig ist ihnen diese Gegend heute. Diese materielle Gleichgültigkeit betrifft zunächst einmal alle an dieser und der jetzigen widersinnigen Expedition beteiligten NATO-Mächte.

Dennoch stand am Beginn der new world order eine Konstellation in der Wahl der Feinde, in der die Rolle Deutschlands einerseits und die der Westalliierten andererseits wie eh und je verteilt zu sein schienen. 1991 schützten die USA im Golfkrieg nicht zuletzt Israel, während Deutschland sich an die ethnische Parzellierung Südosteuropas machte – mit den gleichen Verbündeten gegen den gleichen Feind. Zur selben Zeit als Präsident Bush Milosevic als den „Lincoln des Balkans“ würdigte, hievten Mock und Genscher dessen Gegenspieler, den Ustascha-Hauptling Tudjman auf die diplomatische Bühne. Erstaunlich ist dabei weniger die Tatsache, daß die USA nach dem beschriebenen Muster der rearchaisierten Konkurrenz, in der militärische Stärke gerade deswegen gezeigt werden muß, weil es durch sie nirgendwo auf der Welt

noch irgendetwas zu gewinnen gibt, Deutschland dessen frisch erschaffene Verbündete abspenstig zu machen bemüht ist – so geschehen bei der ethnischen Säuberung der Krajina wie bei der Verteidigung der Ergebnisse des Itzetbegovic-Putsches.

Viel erklärungsbedürftiger bleibt die quasi instinktiv erfolgende kollektive Feinderklärung Serbiens durchs gerade wieder vollständig souverän gewordene Deutschland. Daß allein das von Deutschland projizierte Serbien den Grund dafür abgibt, das reale zu bombardieren, läßt sich schon an dem grotesken Widerspruch zwischen Realität und Projektion leicht demonstrieren. Für die Rolle des Nazi-Deutschlands der 90er Jahre eignete sich der andere von der Größe her erwähnenswerte Nachfolgestaat der SRFJ besser als die Bundesrepublik Jugoslawien. Was Serbien vorgeworfen wird, daß ein ethnisch sich reinigendes Volk von Chauvinisten sich hinter einen skrupellosen Diktator stellt, trifft hier weniger zu als beispielsweise in Kroatien; und obwohl Deutschland nichts unversucht läßt, das wirkliche Jugoslawien der Projektion gleich zu machen (Jugoslawien ist mit einem monatlichen Pro-Kopf-Einkommen von 75 Dollar mittlerweile das ärmste Land Europas, noch hinter Albanien), ist dort Selj immer noch nicht Staatspräsident, die Tschetnik-Ideologie nicht nationaler Gründungsmythos. Wie anders dagegen das „prowestliche“ Kroatien mit seiner Ustaschafahne, seiner Jasenovac-Lüge und dem antisemitischen Großkroaten Tudjman an der Spitze.



Die (groß)deutsche Serbenfresserei hat nicht nur jeden betriebswirtschaftlichen Grund für ihre Existenz, sondern auch jede mehr oder weniger plausible historische Begründung überlebt. Nicht als Partisanenhort wird Serbien heute thematisiert, sondern in vollendeter Infamie als Mischung aus KZ und Gulag. Die Feindschaft gegen den Serben ist Feindschaft um ihrer selbst willen. Sowohl die innere Widersprüchlichkeit als auch die Unbedingtheit dieser deutschen und österreichischen Idiosynkrasie erinnern nicht zufällig an den Antisemitismus, der ebenfalls zwei kraß unterschiedliche Momente im Wahn synthetisierte, die Wall-Street und den Bolschewismus. Die Funktion, die der Schurkenstaat Jugoslawien und mehr noch das Anti-Volk Serbien in der deutschen und österreichischen Projektion einnimmt, ist keineswegs wesensgleich, aber artverwand, eben in der Funktionsweise: War einst der Jude dafür verantwortlich zu machen, daß der autoritäre Volksstaat die Krise nicht zu bändigen vermag, so ist's Serbien, dessen abgrundtiefe Schlechtigkeit daran schuld ist, daß der balkanische Völ-

Am Balkan durchgesetzt:
westliche Wertegemeinschaft

Ansichtskarte aus der Serie
Pozdrav iz Novog Sada /
Greetings from Novi Sad
© Action against war and
destruction of the *Ekumenical*
Humanitarian Organization
and the civil weekly of
Vojvodina Nezavisni

kerfrühling ein Horrorszenario des Verfalls und keine blühenden Landschaften nach sich zog. Nicht der Weltmarkt darf die Welt ruinieren, sondern eine sich diesem verweigernde, nicht dessen Gesetzen gehorchende Macht muß projiziert werden. Darin vertritt "Serbien" einerseits den verhaßten Sozialismus; andererseits büßt es für die unmöglich gewordene Liebe der Deutschen zum NS-Volksstaat.

Mit antisemitischen Mitteln entledigt sich Deutschland damit des historischen Nationalsozialismus, um ihm gerade darin treu zu bleiben, daß projizierender Wahn und Staatsräson voneinander nicht zu scheiden sind. Daß die neugewonnene deutsche Souveränität mit verblüffender, schlafwandlerischer Sicherheit sich die gleichen Freunde und den gleichen Feind wie vor 50 Jahren suchte, hat nichts damit zu tun, daß Deutschland den tatsächlichen zweiten Weltkrieg wiederholen möchte, sondern damit, daß der Feind, gegen den Deutschland diesen Krieg führte – der abstrakte, krisenhafte Charakter der Akkumulation, der Selbsterhaltung und Selbstvernichtung in eins setzt – stärker denn je ist. Wie diese Krise permanent bleibt, indem man ihren zyklischen Ausbruch aufzuschieben versucht, so wenig vergänglich ist der subjektive Zwang zum Projizieren. Nur diese Nicht-Vergänglichkeit der handlungsleitenden Wahnvorstellungen erklärt, warum die Vergangenheit nicht vergeht, sondern in Gestalt des Serbenhasses zombiesk wiederaufersteht – diesmal ohne zu versuchen, den "Drang" mit den Erdölquellen von Ploesti oder

dem Volk ohne Raum zu rationalisieren. Der letzte Weltkrieg ist der Prototyp der aktuellen postnationalen Gewissenskriege: Wie dieser darum geführt wurde, die eigene kapitalistische Reproduktion von deren notwendigem Krisencharakter zu befreien – durch die Auslöschung des „jüdischen Prinzips“ – so ist auch der „Gewissenskrieg“ gegen den je aktuellen Schurkenstaat in Wirklichkeit einer gegen den verdrängten Zwangszusammenhang von Tausch und Elend, von dem man weiß, daß seine Zerstörungsdynamik sich nicht mit der zweiten und dritten Welt bescheiden wird. Dieser Verdrängungsmechanismus treibt mittlerweile nicht mehr nur Deutschland um, wiewohl er Deutschland so umtreibt wie kein zweites Land der ersten Welt. Es ist schon allein deshalb der überzeugteste Vertreter des „Gewissenskriegs“, weil sein Rechtsvorgänger ihn nicht nur als erster über die Welt brachte, sondern ihn auch gleich als den grenzenlosen und entgrenzten Exzeß führte, der er seinem Begriff nach ist. Daß ein ehemaliges Opfer – Serbien – dieses Gewissenskrieges auch heute wieder der Bösewicht ist, an dem die verfolgende Unschuld Deutschlands sich austoben darf, macht es als deutsche Projektionsfläche so unwiderstehlich. Aber Deutschland ist eben auch nicht mehr der einzige Vertreter des projektiven, hysterischen Erstschlags gegen die Dysfunktionalität der eigenen Vergesellschaftungsform des Marktes, die man gegen Gegner verteidigt, deren Unglück darin besteht, daß man ihrem politischen und sozialen Elend diese

Dysfunktionalität so deutlich ansieht – wie beispielsweise Somalia. Und nachdem es gerade aufgrund Deutschlands tatkräftiger Mithilfe gelungen war, die ökonomische Krise der SFRJ in Bürgerkrieg umschlagen zu lassen, sozusagen somalische Zustände zu schaffen, waren auch die Bedingungen für ein anderes Umschlagen gegeben: Das der anfänglichen Unlust der ehemaligen Westalliierten am Jugoslawienkrieg in das hysterische Kriegsgeheul Tony Blairs.

Klar wie nie gestehen die, die diese Kriege führen wollen und müssen, ein, daß es sich um reine Projektionskriege handelt: Kriege, die man logischerweise nicht nur nicht gewinnen kann, sondern die man stets aufs neue führen muß. Statt aber zu bemerken, daß das Schreckliche gerade in der von den Aggressoren stolz ausposaunten Abwesenheit materieller Interessen, gerade im zwanghaften moralischen Rigorismus besteht, der sich um die Folgen seines Tuns nicht mehr kümmert, verschließt ausgerechnet der linke Kritiker die Augen ganz fest davor. Als ob er aus einem unerfindlichen Grunde an den Beweis der Nützlichkeit des Äquivalententausches sein Seelenheil geknüpft hätte, versucht er das stoff- wie subjektlose Kapital, das offenerherzig wie kaum je zuvor seine Gleichgültigkeit gegenüber den Stoffen wie den Subjekten herauskehrt, mit Arbeitskräften und Rohstoffen anzufüttern. Wie sehr er auch das Kapital anfleht, doch bitte konkret zu sein und nicht abstrakt, doch bitte nützlich statt gleichgültig, doch bitte zu funktionieren statt zu kollabieren – es wird ihn bitterlich enttäuschen.

Dealerparanoia – Staatliche Repression und der Haß des Mobs

Kaum eine Person dieser Gesellschaft ist derart verfeimt wie der Dealer. Kaum eine unterliegt mehr dem gesellschaftlichen Verdikt und der moralischen Verdammung als die HändlerInnen illegaler psychoaktiver Substanzen, denen mittlerweile von fast allen gesellschaftlichen Kreisen gewünscht wird, was jene angeblich immer brächten – den Tod.

Die StaatsbürgerInnen wissen Bescheid, wenn es um DealerInnen geht: Sie seien rücksichtslos, geldgierig und verschlagen. Sie mutieren zu Erscheinungsformen der „Organisierten Kriminalität“, die sich hinter allem Übel dieser Gesellschaft verberge und aus den geheimen Schaltzentralen der Macht operiere, um sich alles, was Menschenantlitz trägt, Untertan zu machen. Im Ressentiment gegen DealerInnen kulminieren Rassismus und Antisemitismus zum allgegenwärtigen Wahn, und wieder mal dürsten die ihrer Subjektivität beraubten Subjekte nach Blut.

Sinnentleerte Herrschaftssicherung

Als zu Beginn dieses Jahrhunderts mit den Opiumkonferenzen die modernen Drogenverbote auf den Weg gebracht wurden, waren noch handfeste ökonomische Interessen der Motor. So sollte beispielsweise Deutschland, Hauptproduzent chemischer Drogen, qua innerimperialistischer Konkurrenzausschaltung niedergehalten

werden. Mit der Verbannung vieler psychoaktiver Substanzen aus der legalen Produktion und dem Aufschwngen des ehemals liberalen Staates zum autoritären Wächter über den Lebensstil seiner Untertanen wurde staatliche Drogenpolitik jedoch zum selbstzweckhaften, herrschaftssichernden Instrument. Selbstzweckhaft, weil sich am Verfolgten kaum erkennen läßt, was an ihm sein soll, das die Herrschaft ins Wanken bringen könnte.

Der Dealer wird seit Beginn der 90er Jahre als Teil der „Organisierten Kriminalität“ halluziniert, welche selbst nur eine wahnhaft Konstruktion darstellt. Doch die Tatsache, daß es sich beim Drogenhandel in aller Regel um Organisationen handelt, die sich in ihrer Größe, was von fast jedem kriminalistischen Experten der Polizei bestätigt wird, von mittelständischen Unternehmen nicht sehr unterscheiden, hinderte die neuere europäische Politik nicht daran, so manches „Meisterwerk“ staatlicher Repression ins Werk zu setzen. Die offizielle Beschreibung dessen, was hier unter dem großen Begriff „Organisierte Kriminalität“ verfolgt wird, regt zum Spott an. Leider ist dieser völlig fehl am Platz, verursacht die Verfolgungspraxis doch enormes Leid. Die staatliche Bekämpfung etwas Nichtexistierenden, vom Mob vehement eingefordert, verweist auf den objektiven

Wahn der Zeit: „Staatsbürger aller Parteien und Publikationen, die immerhin genau Bescheid wissen, mit welchen Techniken ihre Feinde so umgehen, haben bis dato noch nicht einmal angeben können, was die Organisierte Kriminalität von der herkömmlichen unterscheidet, außer daß sie sehr mächtig sei, mehr als zwei Leute umfasse und mit brachialen Mitteln nach Gewinn strebe – sich mit anderen Worten also gerade mal von der unorganisierten Kriminalität in Dick-und-Doof-Filmen unterscheidet. (...) Eine der Bedrohungen der westlichen Nationen, die vielköpfige Hydra der Drogenmafia, umfaßte 1989 nach polizeilicher Kriminalstatistik exakt 20 Personen, die nach § 30.1.1. des Betäubungsmittelgesetzes (Anbau, Herstellung und Handel als Mitglied einer Bande) verurteilt wurden, und ihre Verstöße gegen das BtmG machten 0,2% aller registrierten Drogendelikte aus. Inzwischen soll sich der Anteil bei knapp 0,4% bewegen, also immerhin verdoppelt haben.“¹

Weitere Konsequenz des wahnhaften Feldzugs gegen die „Organisierte Kriminalität“ ist der Boom geheimdienstlicher Kontrollmaßnahmen und Datensammlungen auf gesamteuropäischer Ebene. Um nach Öffnung der EU-Grenzen den freien Grenzübergang derer zu verhindern, welche die größte Gefahrenquelle für die eu-

In der Hetze gegen DrogendealerInnen kulminieren Antisemitismus und Rassismus in kollektiver Paranoia.

VON DANNY JUNG*

*) Danny Jung ist Mitglied der Jungen Linken in Bremen

europäischen Nationen darstellen sollen – ImmigrantInnen, WaffenschmugglerInnen und allen voran DrogenhändlerInnen – schrieb man im Schengener Vertrag die Einrichtung des Schengener Informationssystems (SIS) fest. Dieses soll alle nötigen Daten über die bereits erwähnten Feinde speichern. Der Eifer, mit dem die europäischen Sicherheitsstrategen dann auch gleich ans Werk gingen, drückt sich in der Zahl von zwei Millionen Datenpaketen aus, die bereits kurz nach Inbetriebnahme 1993 gespeichert gewesen sind.

Dealer und Killerdroge

Wo so viel gewarnt, gemahnt und verfolgt wird, mag einer vermuten, da muß es doch zumindest eine reale Basis geben. Doch das Bild, das sich die pathisch Projizierenden vom zu bekämpfenden Objekt machen, ist nicht mehr als eine Halluzination. Der dämonisierende Blick auf die Drogen, notwendiger Kern der Dealerhatz, verdrängt den wahren Grund des Drogenehends. Denn beispielsweise der „Killerdroge“ Heroin ist mitnichten immanent, was dem durchschnittlichen Junkie von heute wiederfährt. Schlechte Stoffqualität, überhöhte Preise und miese hygienische Bedingungen auf der Scene sind verbotsinduziert, der Glücksbringer Heroin avanciert durch die staatliche Ächtung real zum Todesengel. Erst das Spritzentauschverbot im Knast zwingt die Inhaftierten, sich durch den Gebrauch verdreckter Spritzen dem Risiko von Aids und Hepatitis auszusetzen.

Der Drogendiskurs der letzten Jahre hat sich gewandelt. Immer weniger zielt er auf die Verfolgung der KonsumentInnen. Sie sind nicht

mehr die Kriminellen von damals, sondern gelten heute als krank und werden der Kontrolle von Methadonprogramm und Zwangstherapie unterstellt. Von der Kriminalisierung der KonsumentInnen ist man zur immer hemmungsloseren Verfolgung derer übergegangen, die mit Drogen handeln. Auch hier entpuppt sich die Ausmalung der grausamsten Gefahren, welche vom Dealer ausgehen sollen, als pures Hirngespinnst.

Beliebter Mythos, zum Beweis der Perfidie und Verschlagenheit von DealerInnen ersonnen, ist die Praxis des Anfixens: Ahnungslosen DiscobesucherInnen werde heimlich LSD ins Getränk geträufelt und Schulkinder zwänge man unter der Androhung von Gewalt zum Heroindruck. Wie das Ressentiment gegen DealerInnen in seiner Gesamtheit, entbehrt auch diese Teilbehauptung jeglicher Plausibilität: Weder könnte es sich jemand leisten, Drogen zu solchen Werbezwecken massenhaft zu verschenken, noch haben Drogen die Wirkungsmacht, die ihnen hier unterstellt wird, nämlich nach einmaligem Konsum das Verlangen in der Konsumentin nach ständig neuer Einnahme zu produzieren.

Genauso ist die Vorstellung der monopolartigen Drogenmafia als Zentrum der „Organisierten Kriminalität“, wie schon angedeutet, reine Paranoia, findet sie doch keinerlei Entsprechung in der Realität: „Auch jene, realiter wohl mächtigsten illegalen Drogenhändler (gemeint sind hier die südamerikanischen Kokainproduzenten, Anm. d. Verf.), verfügen nicht über hierarchisch strukturierte Großunternehmen (...) Der Handel mit Opiaten und

Cannabisprodukten ist noch unkonzentrierter, sogar Polizeiberichte bestätigen, daß der größte Teil des Heroins über den ‚Ameisenhandel‘ in die Metropolen kommt...“² Der illegale Drogenmarkt wird „eher von einzelnen Unternehmen und kleinen Organisationen bevölkert als von großen bürokratisch-organisierten Konzernen.“³

Trotzdem steht fest: Weder die Tatsache, daß die Differenz zwischen Alkoholhändler und Drogenhändler lediglich in der fehlenden Deckung durch das staatliche Gewaltmonopol für letztere besteht, noch die Realität der Organisation des Drogenhandels, können der Hatz Grenzen setzen.

„Jüdische Weltverschwörung“ und „Organisierte Kriminalität“

Die Terminologie von Dealerressentiment und „OK“-Hysterie weisen erhebliche Parallelen zur antisemitischen Hetze des nationalsozialistischen Deutschlands auf. Man vergleiche nur die Ausführungen Hitlers mit heutigen Vorstellungen über Drogen und Dealer: „Weiter aber ist seine (gemeint ist der Jude, Anm.d.Verf.) geldliche Beherrschung der gesamten Wirtschaft schon so fortgeschritten, daß er ohne den Besitz aller ‚staatsbürgerlichen‘ Rechte das ganz ungeheure Gebäude nicht mehr länger zu stützen vermag, auf alle Fälle keine weitere Steigerung seines Einflusses mehr stattfinden kann. Beides aber wünscht er; denn je höher er klimmt, um so lockender steigt aus dem Schleier der Vergangenheit sein altes, ihm einst verheißenes Ziel heraus, und mit fiebernder Gier sehen seine hellsten Köpfe den Traum der Weltherrschaft schon wie-

1 Quadfasel, Lars: *Organisierte Kriminalität*. in: *bahamas* 24/97, S. 42

2 Bundesarbeitskreis Drogen JungdemokratInnen/Junge Linke: *Dealer, anständige Bürger und die dirty work*, Flugschrift, S. 2

3 Hess, Henner: *Der illegale Drogenhandel*. in: Scheerer/Vogt (Hg.): *Drogen und Drogenpolitik*. Frankfurt a.M. – New York, 1989

der in faßbare Nähe rücken.“⁴

„Rauschgift war und ist eine Waffe, die von einer machthungrigen Clique rücksichtslos eingesetzt wird, um die Zivilisation zu zerstören. Menschen aus allen sozialen Schichten wurden bei dem Jahrhunderte währenden Aufbau des weltumspannenden Kartells, das unter dem Namen Drogen AG zweifelhafte Berühmtheit erlangt hat, in das weitverzweigte und wohlorganisierte Netzwerk einbezogen: Auf der untersten Stufe rangieren die vielen armen Bauern und unwissenden Schulkinder, die das Gift anbauen bzw. konsumieren; darüber die Hierarchie des organisierten Verbrechens und ihre Terroristen.“⁵ Was einmal der Jude war, ist heute der „Dealer“; die „jüdische Weltverschwörung“ wird zur „Organisierten Kriminalität“.

Im Volkskollektiv verbinden sich Staatsbürger und Staat zur symbiotischen Einheit. Dieser wird von jenem als Sicherheit gebender Vater glorifiziert, und der Geborgenheit gebende Mutterschoß ist das herbeihalluzinierte eigene Volk. Wird diese harmonische Ordnung gestört, wie etwa durch massenhafte Arbeitslosigkeit oder Drogenehandel, so muß die Bedrohung von außen kommen und es müssen dämonische Kräfte am Werke sein, die mächtiger sind als der starke Staat. Wie sonst sollten sie wirken können ohne von seiner strafen den Hand erfaßt zu werden.

Die projektive Schaffung dieser äußeren Bedrohung, das Bild von der weltumspannenden Drogenmafia, ist strukturell antisemitisch.⁶ Im Kernvorwurf gegen DealerInnen, sie strebten mit brachialen Mitteln nach Profit, drückt sich derselbe spontan

antikapitalistische Reflex aus wie im Bild des modernen Antisemitismus vom raffenden jüdischen Handels- und Finanzkapital.

Die erkenntnistheoretische Erklärung hierfür hat Moïshe Postone geliefert, der den Antisemitismus als besonders gefährliche Form des Fetischs charakterisierte. Grundlage für diese Erklärung ist die Marxsche Analyse der Warenform und des Warenfetischs. Der Warenfetischismus bezeichnet eine Denkweise, die, blind gegenüber dem Wesen kapitalistischer Vergesellschaftung, in ihren Erscheinungsformen verhangen bleibt.

In der Ware tritt die Antinomie von Konkretem und Abstraktem in dialektischer Einheit zusammen, ist sie doch sowohl stoffliches, verwendbares Ding, also Gebrauchswert, als auch Wert und damit Produkt gesellschaftlicher Vermittlung. Der Wert, größtmäßig bestimmt als gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit zur Produktion einer Ware, macht diese erst mit anderen vergleichbar und somit ihren Austausch möglich. Sowohl Ware als auch Arbeit haben also einen Doppelcharakter.⁷

„Die dialektische Einheit von Wert und Gebrauchswert in der Ware erfordert, daß dieser ‚Doppelcharakter‘ sich in der Wertform entäußert, in der er ‚doppelt‘ erscheint: als Geld (die Erscheinungsform des Werts) und als Ware (die Erscheinungsform des Gebrauchswerts). Diese Entäußerung erweckt den Schein, als enthalte die Ware, die eigentlich sowohl Wert wie Gebrauchswert ausdrückt, nur letzteren, das heißt, sie erscheint als rein stofflich und ‚dinglich‘. (...) Die dem Kapi-

talismus eigene Form vergegenständlichter gesellschaftlicher Beziehungen erscheint so auf der Ebene der Warenanalyse als Gegensatz zwischen Geld als abstraktem einerseits und stofflicher Natur andererseits.“⁸

Unterm fetischisierten Blick der antisemitischen Ideologie nimmt das auf der Erscheinungsebene gerade nur scheinbare Auseinandertreten von Konkretem, in Form des stofflichen Guts, und Abstraktem, verkörpert im Geld, die Form gesellschaftlicher Realität an. Seine Manifestation findet diese illegitime Spaltung im antisemitischen Arbeitsbegriff, welcher zwischen „raffender Arbeit“, die keinen Gebrauchswert schafft und eben nur die pure Profitsucht zum Gegenstand habe, und „schaffender Arbeit“, die im Gegensatz nun die Produktion von nützlichen Gütern impli-

4 Hitler, Adolf: *Mein Kampf*. Leipzig 1942, S. 343

5 Mirak-Weißbach, Muriel: *Der gerechte Krieg*. Wiesbaden 1990, Klappentext

6 *Der Ursprung des Antisemitismus ist der christliche Antijudaismus, welcher den Haß auf die Juden als Christusmörder zum Inhalt hatte. Mitte des letzten Jahrhunderts wandelte sich der Antijudaismus zum modernen Antisemitismus, die Juden wurden zur zu bekämpfenden Rasse. Im strukturellen Antisemitismus nun bleibt einzig die ideologische Struktur erhalten. Er löst sich von den Juden und heftet sich quasi beliebig an andere Objekte. Neben dem „OK“-Diskurs weist beispielsweise auch die „Scientology-Hysterie“ eindeutig antisemitische Strukturen auf. Auch dort wird eine Verschwörung, die das Ziel verfolgt, die Welt Herrschaft zu erlangen halluziniert und unermessliche Profitgier kritisiert.*

7 *Der Doppelcharakter der Arbeit, die Antinomie von konkreter und abstrakter Arbeit, ist folgender: Die besondere Tätigkeit, welche zur Produktion eines bestimmten Gebrauchswerts erforderlich ist, Schlossern etwa zur Herstellung einer Bohrmaschine, ist die konkrete Arbeit, die Reduktion auf die reine Verausgabung menschlicher Arbeitskraft unter Absehung von der besonderen Tätigkeit stellt die abstrakte Arbeit dar. Somit ist Arbeit immer beides: konkret und abstrakt.*

8 Postone, Moïshe: *Nationalsozialismus und Antisemitismus*. in: Diner, Dan: *Zivilisationsbruch*. Frankfurt a. M. 1988, S. 247 f.

ziere, unterscheidet. Ihren Ausdruck findet diese Antinomie in den Personifizierungen des bodenständigen, arischen Industriearbeiters, der für wahre Arbeit wahren Lohn erhalte, einerseits, und dem verschlagenen, geldgeilen, jüdischen Händler und Bankier andererseits.⁹

In antisemitischen Beschreibungen des Juden als Abbild des bösen, zu beseitigenden abstrakten Prinzips, finden sich die Charakteristika

des Werts – Abstraktheit, Universalität und Unfaßbarkeit. Der Antisemit, selbst Repräsentant des Konkreten, phantasiert sich sein Volk als ewige organische Einheit von Blut und Boden, als die gute, natürliche Seite der Dichotomie. Wie damals das wurzellose, nach Weltherrschaft strebende Weltjudentum, steht heute die weltumspannende Drogenmafia und ihr Element, der raffgierige Dealer, im Bilde der verfolgenden Volksgenossen für die ganze unverstandene Bewegung des Kapitals, die ebenso keine Grenze kennt, wie die sich über alle Grenzen hinwegsetzende „Organisierte Kriminalität“ in der Vorstellung der AntisemitInnen.

Der Antisemitismus ist eine konformistische Revolte. Die Unterdrückten, „die weder ökonomisch noch sexuell auf ihre Kosten kommen“,¹⁰ ordnen sich der Herrschaft blind unter und machen jene für ihr Leiden verantwortlich, die es gar nicht sein können: die Juden oder den Dealer. Im Ressentiment der AntisemitInnen, der projektiven Konstruktion des Opfers, drückt sich ihr eigenes Wesen aus. Die auf Kosten der Herrschaftsunterwerfung unterdrückten Wünsche und Sehnsüchte erscheinen im Objekt der pathischen Projektion.¹¹ Der unermessliche Haß, welchen der Dealer auf sich zieht, entspringt aus der Verheißung der Droge, mit der er handelt. Ihre verführerische Wirkung liegt in der Verlockung des ungehemmten Genießens, die sie verspricht und welche sich die Menschen unter der Herrschaft des Kapitals nicht leisten dürfen. Reduziert sind jene auf rein automatisiertes Funktionieren, der rastlosen Selbstverwertung des Werts unterworfen. Im Haß auf den

Dealer und in der Dämonisierung der Droge, wird das eigene verdrängte Verlangen pathisch in den Dealer projiziert, und so erscheint er als verschlagener Verführer. Ebenso sagt der Vorwurf der Profitsucht wie die paranoide Vorstellung der Weltverschwörung wenig über die realen DrogenhändlerInnen aus, sondern verweist auf die Wünsche der AntisemitInnen: Reichtum, letztendlich Ausdruck der ersehnten Befreiung vom Joch der Arbeit, und unumschränkte Macht.

Die ohnmächtige Wut der der Herrschaft Unterworfenen ist Motor des Antisemitismus. Jeglicher versprochene ökonomische Vorteil sowie Zuwachs an subjektiver Sicherheit sind bloße Rationalisierungen dessen, was eigentlich Kern des Wahns ist: Drang nach Vernichtung. „Der eigentliche Gewinn auf den der Volksgenosse rechnet, ist die Sanktionierung seiner Wut durchs Kollektiv. Je weniger sonst herauskommt, um so verstockter hält man sich an die Bewegung. Gegen das Argument mangelnder Rentabilität hat sich der Antisemitismus immun gezeigt.“¹²

Folgendes Beispiel verdeutlicht diesen auch im Haß auf den Dealer wiederkehrenden Vernichtungsdrang: „Und wenn der Vater den Dealer seiner Tochter“ tötet, dann fragt die Bild-Zeitung (30./31.3.1997, Titelseite) ganz im Sinne der herrschenden Politik: „Wie groß ist die Schuld dieses Mannes? Hat er nicht getan, was sich unsere Abgeordneten, unsere Regierung und unsere Polizei nur nicht zu tun trauen – nämlich einfach jeden, der es wagt, anderen Menschen Drogen zu verkaufen, aus der Gesellschaft zu entfernen – radikal, unnachsichtig und effizient.“¹³

9 Bei Adorno und Horkheimer findet sich in den „Elementen des Antisemitismus“ eine ähnliche Erklärung, die jedoch nicht soweit geht, in der antisemitischen Ideologie die Identifikation der Juden mit der gesamten abstrakten Seite des Kapitals zu erkennen, sondern von der Vorstellung ausgeht, die Juden wären als Repräsentanten der Zirkulationssphäre betrachtet worden. Als diese zogen sie den Haß auf sich, da Ausbeutung in der Zirkulationssphäre und nicht auf der Produktionsebene, wo sie tatsächlich stattfindet, verortet wurde: „Im Verhältnis des Lohns zu den Preisen erst drückt sich aus, was das Kapital den Arbeitern vorenthält. Mit ihrem Lohn nahmen sie zugleich das Prinzip der Entlohnung an. Der Kaufmann präsentiert ihnen den Wechsel, den sie dem Fabrikanten unterschrieben haben. Jener ist der Gerichtsvollzieher fürs ganze System und nimmt das Odium für die anderen auf sich. Die Verantwortlichkeit der Zirkulationssphäre für die Ausbeutung ist gesellschaftlich notwendiger Schein.“ (Adorno, Theodor W./ Horkheimer, Max: *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt a. M. 1997, S. 198)

10 Adorno/ Horkheimer, S. 195

11 Die menschliche Wahrnehmung ist immer eine Form von Projektion: „Die Projektion von Eindrücken der Sinne ist ein Vermächtnis der tierischen Vorzeit, ein Mechanismus für die Zwecke von Schutz und Fraß, verlängertes Organ der Kampfbereitschaft, mit der die höheren Tierarten (...) auf Bewegung reagierten, unabhängig von der Absicht des Objekts. (...) Das System der Dinge, das feste Universum, von dem die Wissenschaft bloß den abstrakten Ausdruck bildet, ist (...) das bewußtlos zustandekommende Erzeugnis des tierischen Werkzeugs im Lebenskampf, jener selbsttätigen Projektion.“ (Adorno/ Horkheimer, S. 213) Die pathische Projektion nun ist „blinde“ Projektion, sie geschieht ohne Reflexion auf das Objekt und richtet sich die Außenwelt nach dem eigenen Bilde zu. „Die psychoanalytische Theorie der pathischen Projektion hat als deren Substanz die Übertragung gesellschaftlich tabuierter Regungen des Subjekts auf das Objekt erkannt.“ (Adorno/ Horkheimer S. 214)

12 Adorno/ Horkheimer, S. 194

13 Mach, Holger/ Scheerer, Sebastian: Vom „ehrbaren Kaufmann“ zum „gewissenlosen Dealer“. in: Schmidt-Semisch, Henning/ Paul, Bettina: *Drogendealer*. Freiburg 1998, S. 75

Polizeiliche Drogenbekämpfung

Ein Buch von Heiner Busch

Die ideologische Prämisse für die Drogenbekämpfung wurde in den 60er Jahren aus den USA importiert. Sie besteht einerseits aus der suchtheoretischen Annahme, daß allein die Verfügbarkeit von Rauschgift (dabei werden natürlich nur bestimmte Substanzen als solche definiert) zum Konsum und in der Folge unweigerlich zur Sucht führe. Ein eigenbestimmter Konsum von Drogen ist unter dieser Prämisse nicht möglich. Drogen werden damit zu einem Problem, dessen Bekämpfung durch Unterdrückung des Angebots erreicht werden mußte.

Damit eng verknüpft ist die wirtschaftstheoretische Prämisse. Die Vorstellung, daß Drogenkonsum unweigerlich zur Sucht führe, schreibt den Drogenhändlern die Fähigkeit zu, Nachfrage zu schaffen. Die Konsumenten werden damit zu willenslosen Opfern. Diese Prämissen machten die Polizei zur Institution, von der die Bewältigung des Drogenproblems zu erwarten sei. Medizinische oder sozialarbeiterische Modelle zum Umgang mit Drogen treten dadurch in den Hintergrund.

Das von den Polizeien im Laufe der 70er Jahre konstruierte Bild des internationalen Drogenhandels als besonderes Betätigungsfeld der organisierten Kriminalität orientiert sich dabei kaum an empirischen Arbeiten über den Drogenmarkt, sondern besteht aus theoretischen Ab-

leitungen aus den eingangs genannten Prämissen und aus den USA importierten Interpretationen. Daß sich in Europa entsprechende Organisationen nicht nachweisen ließen, wurde in der polizeilichen Debatte in einen Charakterzug derselben umdefiniert. Sie seien so gut organisiert, daß man sie nicht nachweisen könne, es sei denn, man bekomme neue Ermittlungsverfahren in die Hand.

„Das Konstrukt des zentral von internationalen kriminellen Organisationen gesteuerten Drogenhandels wird nicht hinterfragt. Die ökonomische Tatsache, daß der Drogenmarkt wie kaum ein anderer ein Konkurrenzmarkt ist, der die Bildung dauerhafter, quasi-monopolistischer Großfirmen verhindert, wird ignoriert. Nach wie vor wird – bis auf wenige Ausnahmen – von einer beliebig steuerbaren Nachfrage ausgegangen, statt von einem Angebotsüberschuß und von einer verhältnismäßig einfachen Einstiegsmöglichkeit in den Handel.“

Mit der Verstrickung der Polizei in die Drogenbekämpfung, auf die der Untertitel des Buches anspielt, meint Busch die Tatsache, daß trotz der inzwischen auch in „respektablen“ Gesellschaftskreisen als Möglichkeit diskutierten Entkriminalisierung des Drogenkonsums ein Abbau des polizeilichen Dispositives, das zur „Bekämpfung“ des Drogenhandels aufgebaut und ständig erweitert wurde,

nicht mehr möglich scheint.

Die starke Beeinflussung des europäischen Diskurses über Drogen durch den von den USA ausgerufenen „Drogenkrieg“ darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die europäischen Polizeien sehr wohl im Eigeninteresse und mit eigenen Themen diesen Diskurs aufgegriffen und weitergeführt haben. So wurde in Europa die angestrebte Grenzöffnung innerhalb der EU- bzw. Schengenstaaten dazu benutzt, verstärkt „Ausgleichsmaßnahmen“ zu fordern, da bisher die meisten Drogen bei Grenzkontrollen entdeckt wurden. Der Übergang vom Schwerpunkt der Suche nach illegalen Drogen zur Suche nach den großen Drogenhändlern und Hintermännern führte zu einer neuerlichen Verknüpfung des Drogenproblems mit dem „Zustrom“ von Ausländern. Nachdem die Statistiken in den 60er Jahren einen Rückgang des Anteils von Ausländern unter den DrogenkonsumentInnen belegten, wurde nun den Ausländern der Drogenhandel angelastet. Die heimischen Konsumenten seien nur das letzte Glied in der Kette, die höchstens zur Sicherung des Eigenbedarfs mit Drogen handelten. Für diese neue Argumentation wird einerseits die Statistik herangezogen – so gab es in Deutschland 1979 einen Anteil von 14,8% von Ausländern bei Drogendelikten insgesamt, 19,3% beim illegalen Handel und Schmuggel – gleichzeitig wird

Heiner Busch geht in seinem Buch der fatalen Verstrickung nach, die die herrschende prohibitive Drogenpolitik hervorgebracht hat. Mit Hilfe des international ausgerufenen „Drogenkriegs“ wurde die Polizei modernisiert und aufgerüstet.

VON MANFRED GMEINER



Heiner Busch: Polizeiliche Drogenbekämpfung – eine internationale Verstrickung. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 1999, 340 Seiten, 350,- öS

diese tatsächlich die Schuld der Ausländer nicht sehr unterstützende Statistik aber in Zweifel gezogen, um ein wesentlich höheres „Dunkelfeld“ zu konstruieren.

Im zweiten Teil des Buches zeichnet Busch die Entwicklung der verschiedenen Gremien der internationalen Polizeikooperation, insbesondere der europäischen Institutionen nach, mit deren Hilfe es der Polizei gelang, sich der politischen Kontrolle der nationalen Parlamente zu entziehen, andererseits aber über die Europäische Union Druck auszuüben die nationalen Gesetze aneinander anzugleichen und die Befugnisse der Polizei zu erweitern.

Im letzten Teil werden die einzelnen neuen Polizeimethoden, die der Welt der Geheimdienste entnommen sind, näher beleuchtet und in ihrer Praxis untersucht. Es geht dabei in erster Linie um verdeckte Ermittler, Verbindungsbeamte, Spitzel und Provokateure. In der Drogenbekämpfung ist der Höhepunkt dieser Methoden mit den Scheinkäufen erreicht. Scheinkäufe sind eine Weiterentwicklung der kontrollierten Lieferungen, bei denen ein Drogentransport durchgängig kontrolliert wird, ohne die entdeckten Drogen sicherzustellen, um zu einem späteren Zeitpunkt an Hintermänner des Handels heranzukommen. Wie bei vielen der neuen Polizeimethoden gibt es in den nationalen und europäischen Statistiken kaum exakte Angaben über Art und Umfang der durchgeführten Aktionen. Die Existenz von Scheinkäufen, bei denen die Polizei selbst als Käufer auftritt, wird noch zugegeben. Daß sie dadurch aber auch die Dynamik hin zu größeren Geschäften mitproduziert, wird bestritten. Die Existenz von Scheinverkäufen, Aktionen, bei denen sowohl Ankauf als auch Verkauf unter polizeilicher Regie stattfinden, wird von seiten der Staatsanwaltschaften

und der Polizeien bestritten. Einzelne Aussagen lassen aber darauf schließen, daß es solche Aktionen gegeben hat, und daß diese auch in Zukunft denkbar sind. Die Niederlande sind der einzige westeuropäische Staat, in dem es bisher eine grundlegende parlamentarische Untersuchung der operativen Methoden der Polizei gegeben hat.

Dort wurde ein Fall aufgedeckt, bei dem bei einer durch einen V-Mann kontrollierten Lieferung ganz bewußt nur ein Teil sichergestellt wurde, um den V-Mann in der Drogen- und Dealerszene aufsteigen zu lassen. Von 285 Tonnen Haschisch und Marihuana wurden nur 160 Tonnen beschlagnahmt, 100 Tonnen verschwanden auf dem Markt, der Rest konnte nicht mehr belegt werden. Auch eine Lieferung von 100 kg Kokain, die der V-Mann selbst ins Spiel brachte, versickerte.

Der Fall wurde natürlich ausgenutzt um die liberale Drogenpolitik der Niederlande anzuprangern. Es ist aber vielmehr anzunehmen, daß parlamentarische Untersuchungen auch in anderen Ländern, wenn man sie zuließe, ähnliche Fälle zutage fördern würden.

Es erübrigt sich zu erwähnen, daß der ganze Ausbau der Polizei zur Lösung des Drogenproblems nichts beigetragen hat. Vielmehr können sich die Marktgesetze am Drogenmarkt gerade wegen der Prohibitionspolitik ungehindert entfalten. Sieger ist in jedem Fall die Polizei, die für alle Spielarten des Schreckgespenstes Organisierte Kriminalität ein reiches Instrumentarium zur Machtausübung in die Hand bekommen hat.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Alternativen zur Selbstabwicklung der Politik

Ich möchte die führende politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift kennenlernen:

- ☐ ein Probeabo: zwei Hefte. (19 DM)
- ☐ ein Jahresabo. (137,40 DM/107,40 DM ermäßigt)
- ☐ ein kostenloses älteres Probeheft.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

context1099

Blaetter Verlag, Postfach 2831, D-53018 Bonn, Tel. [int. code] [0] 228 65 01 33, Fax 65 02 51 www.blaetter.de

NEUAUFLAGE!

Die Ethnisierung des Sozialen

Zur Transformation der jugoslawischen Gesellschaft im Medium des Krieges.

Eine überzeugende Hintergrundanalyse über die Umformulierung sozialer Auseinandersetzungen in nationalistische Konflikte.

160 S., 15,- DM zzgl. Versand

Anares Nord

Postfach 1247 · 31305 Uetze
Tel./Fax 0 51 73 / 66 63

Demokratischer Rassismus – menschenrechtlicher Antirassismus

Ihrem Selbstverständnis nach ist die Demokratie antirassistisch. Rassistische Verlautbarungen und Taten gelten als dem Ansehen der Nation abträgliche Entgleisungen und werden von den anderen Demokraten verurteilt. So geschehen bei den Auskünften der FPÖ-Abgeordneten Partik-Pablé über die „Negernatur“. Für die Frau Abgeordnete ergibt sich – diese Umdrehung ist der Kernpunkt jedes Rassismus – der Umgang der Exekutive mit Afrikanern nicht aus den Aufträgen der Polizei, sondern aus der Art, aus der Natur der „Behandelten“, die also an ihrer Behandlung selber schuld sind:

„Erkundigen Sie sich doch einmal bei den Beamten über die Art der Schwarzafrikaner! Sie schauen nicht nur anders aus, ... sondern sie sind auch anders, und zwar sind sie ganz besonders aggressiv. Das liegt offensichtlich in der Natur dieser Menschen. Sie sind meistens illegal da, sie sind meistens Drogendealer, und sie sind ungeheuer aggressiv, wenn sie von Exekutivbeamten behandelt werden.“ (Sten. Protokoll des Nationalrates vom 10.5.99, zitiert nach *planet* 11/99)

Dabei ist das antirassistische Selbstbild der Demokratie bloß die Folge einer interessierten Unterscheidung. Nur *frühere, unzeitgemäße* Rassismen – etwa bezogen auf „Neger“ und Juden – gelten als solche, während die in der Demokratie anerkannten und üblichen, die zum festen Be-

stand der Politik und der öffentlichen Meinung gehören den Rassismen, gar nicht als Rassismen beanstandet werden. Einige Beispiele:

Nationale Identität

„Die Deutschen und ihre Identität ... Was ist das eigentlich: deutsch? Zunächst ist es ein naturgegebener Sachverhalt, deutsch zu sein. Es ist die Folge der Tatsache, hier geboren, hier aufgewachsen zu sein, die deutsche Sprache zu sprechen, sich hier natürlicherweise zu Hause zu fühlen und damit Teil eines Volkes zu sein. Ich bin Deutscher, wie ein Franzose ein Franzose, wie ein Russe ein Russe ist. Das ist weder ein Mangel, noch ein Verdienst. Ich habe es mir nicht ausgesucht ...“ (R. v. Weizsäcker, zitiert nach Freerk Huiskens, *Ausländerfeinde und Ausländerfreunde*, Hamburg: VSA-Verlag 1987, S. 86)

So hat sich der frühere deutsche Präsident v. Weizsäcker über die deutsche Identität verbreitet. Die Sortierung der Menschheit in verschiedene Völker hält er für eine ziemlich naturgegebene Angelegenheit, die sich aus der Geburt, aus Sprachkenntnissen und aus dem Gefühl ergibt, zu Hause zu sein. In Deutschland *geborene und aufgewachsene* Ausländer, die *deutsch* können und „ihr“ heimatliches Ausland nur vom Urlaub kennen, hätten ihn leicht belehren können. Inländer zu sein ist ein *Rechtsstatus*, und darin besteht auch der Unterschied zu Ausländern. Beides sind *staat-*

liche Setzungen, die sich aus der beschränkten Reichweite eines Gewaltmonopols ergeben, und nicht immanente „Folgen“ naturgegebener „Tatsachen“. Mit dem natürlichen Vorgang der Geburt hat das nichts zu tun, höchstens wenn ein Staat die Geburt zum Anlaß nimmt, das Neugeborene in sein Volk einzureihen, und mit der Sprache auch nicht, höchstens wenn ein Staat von Einwanderern Sprachkenntnisse verlangt. Wer beispielsweise nach 1938 in der damaligen Ostmark als Kind ehemals österreichischer Eltern, aber gemäß den Machtverhältnissen als Deutscher geboren wurde, hat 1945 wie seine Eltern eine Verwandlung rückwärts zum Österreicher durchgemacht, ohne daß sich an Geburt oder Sprachkenntnissen etwas geändert hätte. Das Gewaltmonopol war nach 1945 ein anderes.

Weizsäcker behauptet, es gäbe jenseits von Staatsbürgerschaft und Paß, also *vor und jenseits von Politik und Recht*, die deutsche Art oder „Identität“; eine Gemeinsamkeit, die den Deutschen zukomme und sie von anderen Völkern unterscheide, und die auch jenseits jeder *willentlichen Entscheidung* des Individuums angesiedelt ist. Gegen diese „Identität“ kann man sich nicht wehren, man gehört zur Gattung „deutsch“, ob man will oder nicht – aber nicht etwa, weil der Staat die nächste Generation ungefragt anlässlich der Geburt rekrutiert, sondern

Die Bekämpfung des Rassismus mit den Mitteln der Demokratie ist wie das Löschen des Feuers mit den Mitteln des Brandstifters.

VON HERBERT AUINGER*

*) Herbert Auinger ist freier Autor in Wien

weil Umstände, die sich gar nicht vermeiden lassen – geboren werden, sprechen, aufwachsen –, jemanden flugs zum deutschen Bürger determinieren, so wie andere als Franzosen oder Russen punziert sind. Die Redeweise von der „nationalen Identität“ behauptet, es gäbe die Staatsbürger unabhängig von den Staaten, es gäbe unabhängig von den Staaten verschiedene national definierte Menschensorten, die Zugehörigkeit dazu mache die *wesentliche* Bestimmung des Individuums aus, eben seine *Identität*, und in diesen unterschiedlichen Sorten läge die Notwendigkeit der verschiedenen Staaten. Deutschland müsse es geben, weil es den Stamm, den Menschenschlag, die Spezies der Deutschen gebe, und nicht umgekehrt, wie es sich tatsächlich verhält.

„Ich habe es mir nicht ausgesucht“, betont Weizsäcker und will damit nichts kritisiert haben, sondern behaupten, die Eingemeindung in ein nationales Kollektiv sei eine Grundtatsache der menschlichen Existenz vor jeder Politik und unabhängig vom Staat, der man sich zu unterwerfen habe, die man anzunehmen habe: Kollektivismus, wie wir ihn mögen. Den Gehorsam schuldet man aber schon der Staatsführung.

„Illegale“ und andere Ausländer

Der Unterschied zwischen Inländern und Ausländern als einer der persönlichen „Identitäten“ ist der moderne Rassismus schlechthin, der nicht als solcher gilt. Was allein durch Staatsbürgerschaftsrecht und Ausländergesetzgebung *erzeugt* wird, die unterschiedliche staatliche *Behandlung* der Leute, gilt als bloßer politischer Nachvollzug, als

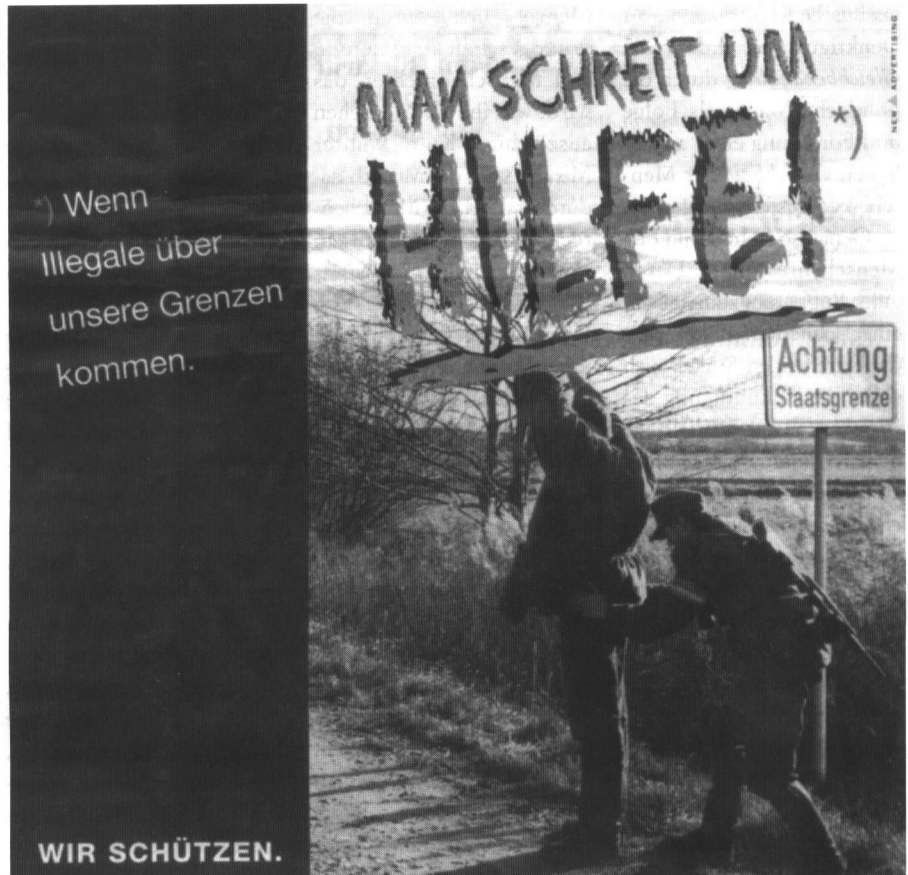
bloß hinzutretende „Verrechtlichung“ von Phänomenen, die ihren Grund woanders hätten. Der moderne Rassismus hat die Kategorie *Kultur* mit dem beauftragt, was früher die *Natur* leisten sollte. Wo der Faschist unterschiedliche Menschentypen an der *Anlage*, an Blut und Rasse festmachen will, um von der politischen Gewalt erfundene Imperative der Natur exekutieren zu lassen, da bemüht der Demokrat die staatlich organisierte *Umwelt* aus national durchaus verschiedenen „ways of life“, um aus Lebensgewohnheiten, Vorlieben und Gebräuchen eine Prägung, eine Determination, ein „gesellschaftliches Wesen“ der Leute herauszuleiern, die ebenfalls die Menschheit in Untergattungen parzelliert wie die Kategorie „Rasse“: in „Ethnien“ mit verschiedenen „Kulturen“ und kulturellen Identitäten eben. Zur Vermeidung von Mißverständnissen: Natürlich gibt es „Kulturkreise“ mit diversen verschiedenen Lebensgewohnheiten, Vorlieben und Gebräuchen. In Japan wird anders gespeist und religiös gekultet als hier, und in der Türkei ebenfalls. Aber, und das soll hier kategorisch behauptet werden, die *Behandlung* eines Japaners, der in Österreich investieren will, richtet sich nach dem *Interesse*, das hierzulande seinem Geld entgegengebracht wird, und nicht nach seiner Kultur, die wird wegen des Geldes hofiert; ebenso wie ein Türke nicht wegen seiner Kultur oder wegen seines Islam abgeschoben wird, sondern weil er nichts zu bieten hat, woran hier Interesse besteht, falls er nur Lohnarbeiter, also arm ist. Ein Treppenwitz des modernen kulturhygienischen Reinlichkeitsdenkens geht so:

„Der Japaner‘ komme ja auch nicht, wenn es in manchen Wiener Bezirken ‚schon ausschaut wie in Istanbul‘.“ (Hilmar Kabas, als FPÖ-Chef Wiens ver, „treibende Kraft“, *profil* 28/1999) Türken raus, wegen Japaner!

Im modernen Kulturrassismus werden Besonderheiten der Lebensart aufgeblasen zu einer Gefahr, die der Faschist als das Problem der „Rassenmischung“ kennt: Die Menschensorten, demokratisch durch „Kulturen“ konstituiert, vertragen sich nicht. *Ausländer sind anders, deswegen gehören sie raus!* Jenseits aller willentlichen Betätigungen gelten die Individuen als kleine „Ensembles“ ihrer heimatlichen gesellschaftlichen Verhältnisse, und so treffen sie auf das hiesige ebenso kulturbedingte ethnische „Immunsystem“, das Abstoßungsreaktionen produziert. Die Konjunkturen der Ausländerpolitik widerlegen diese Vorstellung nachdrücklich. Als es zuwenig österreichische Arbeitskräfte gab und im Ausland extra welche angeworben wurden, hat die „Mentalität“ und die „Kultur“ nichts ausgemacht; sprachliche und andere Anpassungsschwierigkeiten wurden als praktisches Problem behandelt, das die Benutzung der Ausländer nicht behindern sollte. Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung wurde sogar von oben getadelt. Seit die Massenarbeitslosigkeit zur Dauereinrichtung geworden ist, erinnert sich die Politik regelmäßig daran, daß ihr Ausländer nicht so radikal verfügbar sind wie Inländer, sie gehören noch immer zu einem anderen Staat, und das spricht gegen sie. Ausländerfeindlichkeit gilt inzwischen als „natürliches“ und verständliches Zubehör im Seelenhaus-

halt moderner Bürger; die Politik „muß“ dieser Regelung Rechnung tragen, durch Schikanen und Abschiebungen, sonst greifen manche Bürger noch zur Selbsthilfe und neigen zu Exzessen auf Basis von „Gefühlen“, die fester Bestandteil der hiesigen „Kultur“ sind. Nicht „die Ausländer“, das *Interesse an ihnen* hat sich gedreht, deswegen gelten sie inzwischen als „Problem“. Touristen übrigens mögen kultur- und mentalitätsmäßig drauf sein wie sie wollen, sie gelten in der Regel nicht als Ausländer in dem Sinn – sie bringen Devisen.

Eine der radikalsten rassistischen Figuren, die nicht als solche gilt, ist heute der „Illegale“. Wie der Name schon sagt, sind das Leute, die in Österreich nichts illegales *tun*, sondern die insgesamt und überhaupt illegal *sind*. Sie sind als ganze Personen gesetzwidrig, unberechtigt, *nicht existenzberechtigt*. Das, was sie durch die Gesetzgebung und Vollziehung erleiden, das, was mit ihnen gemacht wird, wird ihnen als ihre *Identität* zugeschrieben: Sie sind DIE ILLEGALEN. So werden sie dann auch behandelt, im Widerstandsfall zum transportfähigen Bündel verschnürt und ins Ausland geliefert. Marcus Omofuma ist primär am Illegalen-Rassismus krepirt, an seiner Behandlung als ein Stück illegale, zu entfernende Existenz. (Daß er obenrein schwarz war, hat ihm sicher nicht geholfen.) Der trotzig Einwand „Kein Mensch ist illegal!“ sieht schon im bloßen Dasein als Mensch einen Widerspruch zum „Illegalen“, täuscht sich aber gewaltig. Natürlich liegt es nicht an diesen Menschen, daß sie illegal sind – sie werden vom Recht dazu *gemacht*. Auf diese Weise sind sie es dann aber. In



der modernen Welt ist der Mensch durch das definiert, was ihm als Recht zugestanden oder verweigert wird, und einer, der in Österreich keine Existenzberechtigung besitzt, ist zwar nach wie vor ein Mensch, aber als „Schübling“ unangenehm dran. Auf die berühmt-berüchtigten *Menschenrechte* kann er sich übrigens auch nicht berufen, denn Abschiebungen sind menschenrechtskonform.

Gleichheit und Menschenrecht

Wenn es der Politik in den Kram paßt, beruft sie sich ideologisch auf die ethnische *Verschiedenheit* der Menschen(sorten), die unmöglich in „Vielvölkerstaaten“ friedlich koexistieren können, und wodurch Ausländer schon wegen ihrer Anwesenheit ein Problem sind. Wenn es der Politik in den Kram paßt, be-

ruft sie sich auch auf das Gegenteil, nämlich auf die *Gleichheit* „der Menschen“. Die Menschen sind zwar nicht gleich, weder an Fähigkeiten noch an Bedürfnissen, auch natürliche Unterschiede gibt's, wie Geschlecht und Hautfarbe, bloß gibt die bürgerliche Staatsmacht ihren Beschluß, ihre Untertanen in mancher Hinsicht *gleich zu behandeln*, als Forderung der Menschennatur aus. Gleichgültig – man kann auch sagen: rücksichtslos – gegenüber den Unterschieden der ökonomischen Mittel verpflichtet der Staat seine Menschen auf *Eigentum* und *Geldverdienen* als Methoden ihres Fortkommens. (Die sich daraus ergebenden Gegensätze von Kapital und Arbeit, von arm und reich sind *Folgen* dieser Gleichheit und stehen nicht im Widerspruch zu ihr.) Auch hier liegt eine

Demokratischer Rassismus im Einsatz – eine Werbeeinschaltung für das Bundesheer in österreichischen Tageszeitungen

rassistische Konstruktion oder Denkfigur vor, indem die *Gleichbehandlung* durch die politische Macht als Folge und Forderung einer angeblichen *Gleichheit* der Menschen vorgestellt wird.

Genau so steht es mit den Menschenrechten. Deren guter Ruf beruht zum Teil auf einer schlichten Unkenntnis der betreffenden Artikel; auch sollte die Ankündigung des Westens, anstehende Kriege in deren Namen zu führen, zumindest mißtrauisch machen. Jedenfalls sind die darin kodifizierten Rechte und Pflichten den Bedürfnissen und Interessen bürgerlicher Politik zu verdanken, die sich „die Menschen“ – in erster Linie die eigenen Staatsbürger, Ausländer bedingt – auf diese Weise unterwirft und zum Mittel macht. Komplementär zu dieser Behandlung der Leute wird in den diversen Deklarationen die Figur „des Menschen“ konstruiert, der angeblich mit diesen Rechten schon „geboren“ wird, so daß die politische Macht ebenso bescheiden wie verlogen zurücktritt und sich zum bloßen Vollzugsorgan der Menschennatur erklärt: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte) Nur haben auch diese Rechte – wie immer – mit der *Geburt* gar nichts, mit dem Interesse und Standpunkt der rechtsetzenden Instanz sehr viel zu tun. Freerk Huiskens nennt das einen „totalen Rassismus“:

„Die Grundprinzipien, nach denen diese Staaten ihr Volk regieren, beanspruchen, dem Menschen schlechthin, also der menschlichen Gattung auf den Leib geschneidert zu sein. (...) Damit ist nicht mehr und nicht weniger behauptet, als daß der

Mensch erst durch die grundgesetzliche Fixierung von Menschenrechten das wird, was ihn als Menschen auszeichnet. Kurz: Wahrer Mensch wird der Mensch dadurch, daß er die Menschenrechte genießt. Mit einem wahrhaft totalen Rassismus haben wir es hier zu tun (...). Demokraten (wollen) mit ihren Verfassungsprinzipien gleich durch die Gattung Mensch insgesamt beauftragt sein. Die Inkonsequenz, die bei jeder Spielart des Rassismus zwangsläufig zu finden ist, daß nämlich etwas dem Menschen, seinem – natürlichen oder gesellschaftlichen – Wesen zukomme, das an ihm unter Aufbietung erheblicher Gewaltmittel erst noch durchgesetzt werden muß, findet sich auch in diesem Fall (...). (Es) erteilt sich die Staatsgewalt mit der Naturalisierung der geltenden Prinzipien der Herrschaftssicherung (...) den allerhöchsten Rechtstitel auf deren Durchsetzung gegen die Bürger. Der demokratische Staat definiert sich so selbst als das allererste Menschenrecht für jedermann. Ist er nicht der Ermöglicher und Garant all dieser Rechte, ohne welche dem Menschen fehlen würde, was ihn erst zum wahren Menschen macht?“ (Huiskens, Ausländerfeinde und Ausländerfreunde, S. 71f.)

Der Mensch ist nichts ohne den Staat, der ihn durch Menschenrechte und Menschenpflichten erst zum Menschen macht! In der Vorstellung einer „natürlichen“ menschlichen Gleichheit und in der Naturalisierung der Prinzipien bürgerlicher Herrschaft wird bloß die rassistische Konstruktion des „weißen Mannes“ verallgemeinert, „globalisiert“; dieser wird zum Gattungswesen

„Mensch“ schlechthin erklärt. Es bleibt aber eine rassistische Konstruktion, auch wenn sie so total ist, daß die komplette Menschheit darunterfällt. Sie enthält den Witz jeder rassistischen Konstruktion: Die Unterwerfung unter eine politische Herrschaft und deren Gesetzgebung wird verhimmelt in ein Erfordernis der Gattung. Was die politische Macht Menschen mit ihrer Gewalt an Rechten und Pflichten aufherrscht, entspricht der Beschaffenheit „des Menschen“, analog der Beschaffenheit des „Negers“, die den nach Meinung der damaligen Rassisten zum Sklaven prädestinierte. Es ist der Demokratie nicht fremd, sich auf eine konstruierte Menschennatur zu berufen, die dem Staat Aufträge bezüglich der Ausübung politischer Macht erteilt.

In den Zeiten des Kalten Krieges ist dieser Menschenrechts-Rassismus zur „Menschenrechts-Waffe“ weiterentwickelt worden. Die schlichte Tatsache, daß im Realen Sozialismus *anders* regiert wurde, war diesem Verständnis nach schon ein politisches Verbrechen, weil eine Abweichung von den einzig menschengerechten und daher alleinseligmachenden westlichen Prinzipien. Tatsächlich gestört hat natürlich die damalige zweite Supermacht mit ihren weltpolitischen Ambitionen; die USA wollten aber nicht darauf verzichten, ihre Kampfansage im Namen der „geknechteten“ Sowjetmenschen vorzutragen. Was diese von ihrer „Unterstützung“ durch den Westen haben, sieht man heute: Die Lage der Menschenrechte in der ehemaligen Sowjetunion hat sich verbessert, die Lage der Menschen hat sich enorm verschlechtert.

Mit der Ablösung des Apartheid-Regimes durch die südafrikanische Demokratie hat sich an der materiellen Lage des Großteils der schwarzen Bevölkerung nichts geändert. Internationaler Skandal ist deren miese Lage heutzutage aber keiner, weil diese Lage nicht mehr auf der „Rasse“, sondern auf der Zugehörigkeit zur *Klasse* der eigentumslosen Leute beruht, die einen Arbeitsplatz bräuchten, weil sie sonst nichts haben. Es war offenbar nie das Elend als solches der Skandal, sondern bloß die südafrikanische Methode, Leute nach der Hautfarbe auf Elend festzulegen. Seit einigen Jahren gilt auch in Südafrika die international anerkannte und den Menschenrechten entsprechende Variante, daß der Umgang mit Ware, Geld, Arbeitskraft und Eigentum vielen Menschen ein beschissenes Leben aufzwingt.

Der Tod von Marcus Omofuma hat Feinheiten des rechts- und polizeistaatlich korrekten Umgangs mit „Illegalen“ einer breiten Öffentlichkeit nahegebracht. Mundverkleben mit Todesfolge gehört sich nicht, darin ist sich die Politik schnell mit dem kleinen Teil der Öffentlichkeit einig geworden, der überhaupt empört war; aber die Verbringung von Leuten außer Landes, wenn sie die heilige österreichische Erde durch ihre rechtswidrige Anwesenheit entweihen, die muß sein, und zwar einwandfrei. Die Eskalation der Gewalt gegen „Schüblinge“ gehört in den einschlägigen Dienstvorschriften detailliert geregelt, die Beamten brauchen Rechtssicherheit, damit nicht verständlicher Übereifer wieder einmal das Ansehen der Republik gefährdet.

Die Erfindung der Rassen

Wenn Aristoteles im ersten Buch seiner Politik die „von Natur aus zu Sklaven bestimmten Menschen“ kategorisiert, bleibt seine Definition merkwürdig unsicher und unbestimmt. Wo sie am konsequentesten ist, verfängt sie sich in Tautologien: „Von Natur ist also jener ein Sklave, der einem andern zu gehören vermag und ihm darum auch gehört (...).“¹ Die Natur wird also aus dem gesellschaftlichen Verhältnis abgeleitet, um aus ihr wiederum das gesellschaftliche Verhältnis abzuleiten. Auf diese Weise kann die Funktion des Sklaven in der Reichtumsproduktion und seine Unmündigkeit in der Polis zu Natur erklärt werden: „Die Natur hat die Tendenz, auch die Körper der Freien und der Sklaven verschieden zu gestalten, die einen kräftig für die Beschaffung des Notwendigen, die anderen aufgerichtet und ungeeignet für derartige Verrichtungen, doch brauchbar für das politische Leben (...).“² Demnach unterscheiden sich die Sklaven in keiner Weise von den (Haus-) Tieren, die ebenfalls Lebewesen sind und ebenso gut den Freien gehören können, zur Produktion wie geschaffen sind und zur Politik absolut ungeeignet. Doch nicht einmal der Philosoph ist imstande, im Interesse der Produktionsverhältnisse von allen Differenzen zu abstrahieren: Der Sklave – ergänzt Aristoteles – sei immerhin und im Unterschied zu den Tieren ein Wesen, das „so weit an

der Vernunft teilhat“, daß es sie „annimmt, aber nicht selbständig besitzt.“³ Genau hier verläuft im antiken Denken die Grenzlinie zwischen Produktion und Staat, instrumenteller und politischer Vernunft, Sklave und Bürger – andrápodon („menschenfüßiges Geschöpf“ – genauer: „der mit menschlichen Füßen versehene Teil der Beute“) und zoon politikon. Darüber hinaus vermag Aristoteles zu keinerlei Konkretion fortzuschreiten – indem er etwa die Herkunft und die ursprünglichen Lebensformen der Versklavten beschreiben, ihren Körper – Hautfarbe und Gesicht – näher bestimmen würde. Ja, er muß sich hier sogar selbst widersprechen, sobald er anerkennt, daß auch solche, die von Natur aus nicht zu Sklaven geschaffen sind, Sklaven werden können – und es hierfür kein eindeutiges Kriterium gibt: „Daß also der Streit einen Grund hat und nicht alle Menschen einfach von Natur Freie oder Sklaven sind, ist klar, aber auch, daß dieser Unterschied in einigen Fällen tatsächlich besteht, wo es denn für den einen zuträglich und gerecht ist zu dienen und für den anderen zu herrschen.“⁴

Wer wem gehört – darüber entscheidet der Ausgang der Kriege oder der Ausgang der Geschäfte. Beutezüge gegen andere Stämme und Handel mit den erbeuteten Sklaven sind die Quellen jener „zweiten“ Natur, die den einen zum Sklaven macht und den andern zum Herrn. Aber die Ungleichzeitigkeit

der Produktivität und das Ungleichgewicht der Macht, die den Kriegen der alten Welt zugrunde lagen, waren nicht so groß, als daß sie nicht revidiert werden konnten. Als letzte Revision dieser Art wäre wohl die sogenannte Völkerwanderung zu betrachten. Mit dieser Relativität der Siege und der davon erforderten Flexibilität der Feindbilder dürfte zusammenhängen, daß jene „Natur“ des Sklaven, von der Aristoteles spricht, kaum jeweils mit einem bestimmten Stamm – das heißt: einer bestimmten Stammesgesellschaft⁵ – oder einer Gruppe von Stämmen, einem „Volk“ identifiziert wurde; der Ausgang der Kriege und Geschäfte war zu unsicher und zu wechselhaft, um sich hier – sozusagen substantiell oder stofflich – festlegen zu können. Die Zugehörigkeit zu einem siegreichen Stamm oder zur Bürgerschaft eines erobernden Stadtstaates bewahrte nicht vor Sklaverei – im nahenden nächsten Krieg (sieht man einmal ab von der Form der Schuldknechtschaft, die von der Sklaverei etwas differiert). Umgekehrt wurde ein besiegtter feindlicher Stamm vom Sieger nicht in toto zur minderwertigen Sklavennatur erklärt – und dies alles, obwohl die Einheit des Stammes die Gravitationskraft der alten Welt war (wie einfach hätte es da der Philosoph gehabt – er hätte schreiben können: Kolcher, Lydier oder Phrygier sind von Natur aus Sklaven, punktum!). Zudem waren die besiegtten Stämme zahl-

Vorabdruck aus dem Buch *Verborgener Staat, lebendiges Geld. Zur Dramaturgie des Antisemitismus* (Freiburg: ça ira-Verlag), das ab sofort im Buchhandel erhältlich ist.

VON GERHARD SCHEIT*

*) Gerhard Scheit arbeitet als freier Autor und Lehrbeauftragter in Wien

reich und in ihrem Erscheinungsbild vielfältig, so daß es kaum möglich war, aus ihnen eine gemeinsame Natur abzuleiten (Eine frühe Fixierung dieser Art dürfte in der Ableitung der Bezeichnung für die Bewohner Osteuropas vom Wort Sklaven vorliegen. Tatsächlich bildeten die „Slaven“ das nächstliegende Reservoir der Sklaverei in den ersten Jahrhunderten n. Chr.). Innerhalb der antiken Polis war es für einzelne Sklaven immer wieder möglich, den Status der Sklaverei abzustreifen: Freigelassene erhielten mitunter die Bürgerrechte und konnten sogar hohe politische Ämter erwerben. Verwandtschaft und Abstammung vermochten politisch durchbrochen zu werden. Moses I. Finley schließt darum für die Antike durchwegs aus, „daß es rassische Vorurteile gegeben habe.“⁶

Zur Bezeichnung der „Anderen“, der Feinde und der möglicherweise zu Versklavenden (aus dem Kaukasus, Skythien, Kappadokien, Phrygien, Lydien, Syrien, Ägypten etc.) wurde vielfach auch von „Barbaren“ gesprochen, ohne auch hier zu rassistischer Konkretion einzelner Merkmale überzugehen, schließlich versklavte

man – je nach den Umständen und Aussichten der Kriege – auch Nicht-Barbaren, griechische „Landsleute“. Städte und Stadtstaaten auf dem griechischen Festland und den ägäischen Inseln überfielen sich zu diesem Zweck wechselseitig – wenn auch die Erfahrungen des Peloponnesischen Krieges den Ruf laut werden ließen, daß Griechen keine Griechen mehr versklaven sollten. Über das tatsächliche Zahlenverhältnis zwischen griechischen und nichtgriechischen Sklaven im antiken Athen läßt sich keine genaue Angabe machen. Vielleicht überwogen die nichtgriechischen, aber bezeichnenderweise prägte sich für sie kein spezieller Ausdruck in der Sprache aus. Der Begriff des Barbaren fällt nicht mit dem des Sklaven zusammen – es gibt lediglich Überschneidungen. Auch wird er von Aristoteles nicht verwendet, um Sklaven und Bürger zu unterscheiden. Ein gleichsam „kultureller“ Geschmack ist ihm eigen.

Das Gefälle der Macht und der Produktivität blieb demnach in der Antike vergleichsweise gering und konnte – selbst im Falle Roms – gestürzt werden. Als aber die Europäer die Einwohner von Afrika und Amerika unterwarfen oder vernichteten, war dieses Gefälle – das in der Waffentechnik am sichtbarsten und wirkungsvollsten hervortrat – unübersteigbar geworden, und es führte in der Konstruktion der Natur des Sklaven oder zu Versklavenden zu einer durchaus neuartigen Verfestigung und Spezifizierung. Nur scheinbar handelt es sich noch um Auseinandersetzungen wie jene Raubzüge der Antike. In den Schießgewehren verkörperte

sich indessen ein Vorsprung an Produktivität der Arbeit und Akkumulation von Reichtum, der mit Waffen allein überhaupt nicht mehr einzuholen war. Auf seiner Basis konnte man darauf verzichten, europäische Landsleute zu versklaven. Noch im 15. Jahrhundert handelten die Engländer – wenig später die Hauptprofiteure im Handel mit Schwarzen aus Afrika – mit britischen Sklaven, meist Kelten; auch die Gleichsetzung von Iren mit Afrikanern – so etwa in John Websters *The White Devil* – war offenbar bis ins frühe 17. Jahrhundert üblich.⁷ Das Kräfteverhältnis wurde nun großräumig (im kontinentalen und nationalstaatlichen Rahmen) und sozusagen ein für allemal festgelegt – wenn es auch noch nicht überall durchgesetzt werden konnte. Die kriegerischen Fähigkeiten der Jäger- und Nomadenvölker vermochten sich in einigen Regionen noch lange Zeit zu behaupten – insbesondere wenn sie Anleihen bei der mordernen Waffentechnik nehmen konnten, wie die Indianerstämme Nordamerikas.

Die Konquistadoren bildeten nur die Avantgarde des Warenhandels, und zu den ersten im Weltmaßstab vertriebenen Waren gehörte neben Gold und Silber die Arbeitskraft der Sklaven. Die Sklaven waren dazu verdammt, jenes Edelmetall herbeizuschaffen, wogegen sie selbst getauscht werden konnten, das Europa benötigte, um die Akkumulation des Reichtums in Schwung zu halten und weiter anzukurbeln. Die besondere Ware Arbeitskraft erforderte aber nun ein neues Marketing; jene Natur, die bei Aristoteles noch abstrakt formal und sogar tautologisch abgeleitet

1 Aristoteles: *Politik*. Übersetzt und herausgegeben von Olof Gigon. 5. Aufl. München 1984. S. 53

2 Ebd. S. 54

3 Ebd. S. 53

4 Ebd. S. 55

5 In diesem Sinn wird hier der Begriff des Stammes stets von Stammesgesellschaft – d.h. nicht von einer natürlich vorgegebenen, sondern einer gesellschaftlich entwickelten Einheit – abgeleitet; eine Ableitung, die eben der Rassebegriff unsichtbar machen möchte.

6 Moses I. Finley: *Die antike Wirtschaft*. 3. Aufl. München 1993. S. 171

7 Vgl. Lynda E. Boose: „The Getting of a Lawful Race“. In: *Women, 'Race' and Writing in the Early Modern Period*. Hg. v. Margo Hendricks u. Patricia Parker. London-New York 1994. S. 36

worden war, mußte nun konkreter bestimmt und begründet werden. Schon bei Columbus finden sich hierzu Ansätze, etwa wenn er anlässlich einer Indianerjagd mit Hunden die Berechnung anstellte, daß gegen die Indianer ein Hund zehn Männern ebenbürtig sei.⁸ Der Übersetzer der Aristotelischen Politik ins Lateinische, der spanische Humanist Ginés de Sepúlveda, profilierte sich in dieser Aufgabe dann als einer der ersten führenden Rassentheoretiker. Aus dem Formalismus, in dem Aristoteles steckenblieb, schreitet er zur nötigen Konkretion fort: das allgemeine Prinzip, nach dem der Geist dem Körper, der Mann der Frau, der Mensch dem Tier befehlen müsse, fordere auch, daß die Indianer zu Sklaven der Spanier gemacht werden: denn sie „haben keinerlei Kenntnis der Schrift, kennen den Gebrauch des Geldes nicht, gehen im allgemeinen nackt, selbst die Frauen, und tragen auf den Schultern und auf dem Rücken über lange Strecken Lasten wie die Tiere. Dies sind die Beweise für ihr wildes, dem der Tiere ähnliches Leben.“⁹ Die permanent hergestellten Vergleiche mit Tieren – zumal Haustieren: Hunde, Esel, Schweine – bilden bei Sepúlveda und anderen Rassenhumanisten wie John Major, Francisco de Victoria oder Tomás Ortiz den Ausgangspunkt zu genauester Beschreibung der Lebensformen, der Nahrung, des Geschlechtslebens der unterworfenen Bevölkerung. Zur Legitimation der Versklavung oder Unterwerfung dienen in der frühen Phase der Kolonisation weniger die körperlichen Merkmale (wie z.B. die Hautfarbe) als die Lokalisierung dieser Lebensformen im Tierreich.

Der Versuch, die Indianer zu definieren, die deskriptive Erfassung möglichst vieler ihrer Merkmale durch die Rassenhumanisten verfolgt neben der Legitimation von Versklavung und Massaker stets auch einen anderen Zweck: es geht um die Kalkulation ihres Werts. Können sie schreiben? Kennen sie das Geld? Wenn sie Tieren gleichen, welche Tiere sind es? Und vor allem: wie belastbar sind sie? Über diese Kalkulation erst erhalten die physischen Merkmale (die Hautfarbe, Gesichtszüge) ihre Bedeutung als Erkennungsmerkmale – die selbst zunächst noch kaum thematisiert werden. Auch der den Indianern so wohlwollend eingestellte Franziskanerpater Bartolomé de las Casas, der die Verbrechen der Spanier aufzeichnet und sie zur Rechenschaft zu ziehen sucht, verbleibt in der Logik dieser Kalkulation, wenn er die Indianer beschreibt. Er betont immer wieder ihre Schwäche, Sanftmütigkeit und vergleicht sie vorzugsweise mit Schafen.¹⁰ Ebenso scheint seine Beschreibung unbewußt darauf ausgerichtet zu sein, für ihre spezifische Eigenart einen Platz zu finden in dem sich formierenden Weltmarktsystem – selbstverständlich unter der Bedingung der Taufe: „Sie waren sehr folgsam, äußerst treu (...) waren demüthig, geduldig, friedliebend und ruhig; (...) Es sind Leute von schwächlicher zarter Leibesbeschaffenheit, sie können nicht viel Beschwerden ertragen, und sterben leicht an der geringsten Unpäßlichkeit. (...) Ihre Nahrung ist von der Art, daß selbst die heiligen Väter in der Wüste nicht spärlicher, armseliger, kümmerlicher gelebt haben mögen. (...) Sie sind von schnellem, unbefan-

genem, durchdringendem Fassungsvermögen; gelehrig und empfänglich für gute Grundsätze; voll Fähigkeit unsern heiligen katholischen Glauben anzunehmen, und sich an gottseligen Wandel zu gewöhnen.“¹¹ Was hätte Las Casas wohl zu Gunsten von Indianern zu sagen, die nicht sanftmütig wie Schafe und nicht empfänglich für den katholischen Glauben sind? „Rasse“ lautete schließlich seit dem 16. Jahrhundert und in nahezu allen europäischen Sprachen (ital.: razza; franz.: race; span.: raza; portug.: raca) der Terminus technicus, mit dem der Wert der kolonial unterworfenen Arbeitskraft taxiert werden konnte. In den antiken Gesellschaften und den sogenannten Hochkulturen war es bei dem niedrigen Stand der Produktivität kaum nötig gewesen, zwischen den einzelnen Stämmen nach dem Gebrauchswert der Arbeitskraft zu differenzieren. Die Beschreibungen fremder Stämme und Kulturen durch den antiken Historiker Herodot können im Sinne des hier gebrauchten, an Marx orientierten ökonomiekritischen Wertbegriffs als wertfrei gelten. Nun aber wurde scharf zwischen Indianern und Schwarzen unterschieden: weil jene „Rasse“ sich zu bestimmten Arbeiten nicht „eignete“, mußte man diese aus Afrika einführen. Gerade die humanistisch oder christlich intendierten Einwürfe der Kritiker der Konquistadoren trugen zur Durchführung dieser für die Akkumulation wichtigen Differenzierungen bei: bekanntlich protestierte unter anderen Las Casas, jener unbestechliche Augenzeuge der spanischen Massaker, gegen die Verwendung von Indianern zur Sklavenar-

8 Vgl. *Select Documents Illustrating the Four Voyages of Columbus*. Hg. v. A. Bernáldez. Bd. 1. London 1930. Zit. n. Tzvetan Todorov: *Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen*. Aus dem Französischen von Wilfried Böhringer. Frankfurt am Main 1985. S. 53

9 J. Ginés de Sepúlveda: *Del Reino y los Deberes del Rey. Tratados políticos*. Madrid 1963. I, 4-5. Zit. n. Todorov, *Die Eroberung Amerikas*, S. 189

10 Bartholomäus de las Casas: *Die Verheerung Westindiens*. Aus dem Spanischen von D. W. Andreä. Berlin 1790. S. 4, 13, 63f.

11 Ebd. S. 2-4

beit – und empfahl stattdessen den Import der Schwarzen aus Afrika (als echter Christ, der stets das Gute will und stets das Böse schafft, bereute Las Casas seinen Ratsschlag, als es zu spät war). Tatsächlich wurde die Indianersklaverei von den Spaniern Mitte des 16. Jahrhunderts verboten. Auf der Grundlage der Sklavenarbeit der Schwarzen und mittels anderer, zwischen Hörigkeit und Zwangsarbeit liegender Maßnahmen, drängte man in Süd- und Mittelamerika die eingeborene Bevölkerung aus den Subsistenzverhältnissen und schuf Voraussetzungen für einen Arbeitsmarkt jenseits der Sklaverei (für die einzelnen Akteure war die Logik der Diversifizierung im Weltmarktgeschehen nicht immer auf Anhieb erkennbar: Columbus

etwa glaubte, die von ihm ver-
sklavten Indianer in Europa
verkaufen zu können, wo je-
doch – aufgrund völlig ander-
er Produktionsverhältnisse –
keine Nachfrage nach dieser
Ware bestand). Je mehr der
Handel jedenfalls florierte, de-
sto umfangreicher und hart-
näckiger wurden regionale,
kulturelle und sprachliche
Verschiedenheiten in Rassen-
begriffe übersetzt. Und im
Spiegel dieser Begriffe konn-
ten sich Sklavenhändler und
Sklavenhalter gleichermaßen
als Tierzüchter und Humanis-
ten betrachten.

Der Rassebegriff ist, nach-
dem er für die Sklaven- und
Massakerökonomie der Kolo-
nien Bedeutung gewonnen
hatte, auch auf die Juden an-
gewandt worden – doch han-
delt es sich hier um eine Art
Überdeterminierung. Mit ihm

wird zunächst das niedrigere
Produktivitätsniveau der
fremden Bevölkerung in den
eroberten Ländern als physi-
sche Eigenschaft phantasiert,
den gesellschaftlich Unterle-
genen also natürliche Unter-
legenheit vorgehalten, um sie
nach den Maßgaben der Pro-
duktion zu unterwerfen.
Wenn nun aber die Juden als
Rasse bezeichnet werden, so
um die Übermacht, die man
ihnen seit langem unterstellt,
indem man sie mit der ab-
strakten Seite der Warenpro-
duktion identifiziert, zu stür-
zen – und das heißt letztlich
nach der Logik dieser Identi-
fikation: die Juden zu verni-
chten. Rasse fungiert hier als
„befreiendes Wort“, das es er-
laubt, etwas gegen die Juden
zu unternehmen, und tritt da-
mit an die Seite und schließ-
lich an die Stelle des Vorwurfs
des Gottesmords. Die unter-
worfenen Bevölkerung der Ko-
lonien hingegen wird von
vornherein als integrierter Be-
standteil der konkreten Seite
der Warenproduktion wahr-
genommen – Energiequelle,
Haustier und Maschine in
Menschengestalt: der Begriff
der Rasse spiegelt hier die Ar-
beit, unter deren Regiment die
Versklavten gezwungen wer-
den, als körperliche Eigen-
schaft vor. Darum erscheinen
die durch den Menschenhan-
del in Bewegung geratenen
Bewohner fremder Erdteile
dem christlich-abendländi-
schen Bewußtsein nicht un-
bedingt weniger bedrohlich:
ihre Unheimlichkeit gewinnen
sie aber anders als die Juden
nicht als mächtige Repräsen-
tanten des Marktes, als Ver-
körperung des Tauscherts,
sondern im Gegenteil als die
willenlosen Objekte des
Marktes, als Verkörperung
des Gebraucherts – als ge-
zähmte und doch unzähmba-
re Natur.

„Unser Ziel war es von Anfang an, Grenzen
zu übertreten. Zuerst, weil es uns einen
Riesenspaß gemacht hat, später immer mehr,
weil viele von uns darin die einzige Chance
sahen, Grenzen ad absurdum zu führen.“
(aus einem Interview mit FluchthelferInnen)



TATblatt Flucht.Hilfe

80 Seiten um ATS 40,-
auswärts: ATS 60,-/DM 8,50
nur gegen Vorauskasse!
Rabatte für Wiederverkauf

Bestelladresse:
TATblatt
Wielandgasse 2-4/414
1100 Wien
Fax: 01/6410317
Email TATblatt@blackbox.net

Konto
P.S.K. 92 037 311
BLZ 60 000
Empfängerin: Infrastruktur
Verwendungszweck angeben

25-mal-TATblatt-Abo
in Österreich: ATS 175,-
auswärts: ATS 300,-/DM 40,-



Inhalt: Interview mit
FluchthelferInnen; Rechts-
folgen aktiver Fluchthilfe;
politische, soziale, persö-
nliche u. ökologische Gründe
von Migrationsentscheidun-
gen; Weg über Grenzen;
konstruierte Bilder von
MigrantInnen; Identitäts-
konzepte; Darstellung der
Lebenssituation von Migran-
tInnen in Österreich; Unter-
stützung von Flüchtlingen
und MigrantInnen; uvm.

Streifzüge

Die Vierteljahresschrift
des Kritischen Kreises

3/1998:

Franz Schandl: Jagt die SpekulantIn!
Peter Schuck: Theorie und Praxis
Norbert Trenkle: Was soll die Krise?
Stephan Grigat: Antinationale Kritik
und utopischer Positivismus
... und weitere Beiträge

4/1998:

Gaston Valdivia: Arbeit und Wahn
Franz Schandl: Die Rechte und ihre Gegner
Gerhard Scheit: Thesen zum „Führertyp
der demokratischen Volksgemeinschaft“
Stephan Grigat: Marxismus
und Obskurantismus
... und weitere Beiträge

1/1999:

Michael Heinrich: Untergang des Kapitalismus?
Gerhard Scheit: Was bleibt
vom Freudomarxismus?
Gruber/Ofenbauer: Fetischistischer
Antikapitalismus
Stephan Grigat: Deutsche Grüne
Franz Schandl: Metakritik des Tauschs
... und weitere Beiträge

2/1999

Gerhard Scheit: Albaner auf Schindlers Liste
Franz Schandl: Morden darf nur der Norden
Ernst Lehoff: Der Bock ist nicht der Gärtner
Roswitha Scholz: Wert und Geschlechterver-
hältnis
Stephan Grigat: Nationalismus und Öcalan
... und weitere Beiträge

Probeheft gratis!

Jahresabo 100,- ATS/20,- DEM
Kritischer Kreis • Margaretenstraße 71-73/23
A-1010 Wien **Konto** ATS: Kritischer Kreis,
P.S.K., BLZ 60.000, Kto.Nr. 93038948
Konto DEM: F. Schandl, Postbank Nürn-
berg, BLZ 76010085, Kto.Nr. 405952854

Die Verwandlung Tintins vom Abendländer zum Kosmopoliten

Seit Ende der 20er Jahre schwirrt ein mit blondem Haarschopf ausgestatteter, nie alternder, nie schreibender Pfadfinderjournalist namens Tim, besser bekannt als Tintin, durch Welt- und Comicgeschichte. Bei seinen Abenteuern wird er von einer Schar skurriler Gestalten begleitet: einem verwirrten Professor, der Atomreaktoren baut und schwerhörig ist, einem versoffenen, sympathischen Seefahrer, bei dem jeder Leser sein Schimpfwortvokabular erweitern kann, von zwei dubios auffälligen Geheimpolizisten, einer einem Ionesco-Stück entkommenen Opernsängerin und vor allem von einem winzigen Hund namens Struppi, bzw. Milou, der versucht, alle an Naivität und Pessimismus zu übertreffen. Bei „Tim und Struppi“ bevölkern Karikaturen eine Karikatur der Zeitgeschichte.

Der Belgier Georges Rémi, alias Hergé, schuf diese Fabelfiguren, als er knapp über 20 Jahre alt war und für die erzkatholische und konservative Zeitschrift *Le XX siècle* (Das 20. Jahrhundert) die Jugendbeilage illustrierte. Im damaligen Belgien dem katholischen Lager anzugehören, hieß ein Antikommunist, ein Antikapitalist, ein Antimodernist und nicht selten auch ein Antisemit zu sein, die christliche Wertvorstellung, so wie sie gerade verstanden wur-

de, zu preisen und das Abendland der Welt aufzwingen zu müssen. Es hieß auch, die Schule der Vorurteile und des Rassismus zu durchlaufen, die später die meisten zu Faschisten machte, wie z.B. De Grelle, einem Arbeitskollegen Hergés, der im Krieg Führer der belgischen Nazis werden sollte. Was Hergé etwas entlastet, ist die Tatsache, daß er sich sein Lager nicht ausgesucht hatte, sondern mehr oder minder hineingeboren worden war.

Es ist also nicht verwunderlich, daß die ersten Abenteuer von Tim und Struppi, zwischen 1929 und 1930 entstanden, Kommunismus verdammen und Kolonialismus verherrlichen. Tim wird zum großen Aufdecker sowjetischer Verbrechen, die Hergé eigentlich nur aus anderen reaktionären Hetzschriften kannte, und zum Helden in Afrika, wo er als zivilisationsbringender rasender Reporter unterwegs ist. Als jedoch die dritte Abenteuerreihe erscheint, welche in Amerika spielt, von dessen Moderne sich der jugendliche Hergé angezogen fühlt, kann Wallez, der Herausgeber des *XX siècle* sich in mehrerer Hinsicht nicht mehr sehr erfreut zeigen, da er merkt, daß sich sein Schützling langsam emanzipiert. Wallez haßt diesen modernen Kontinent und als noch dazu gezeigt wird,

wie amerikanische Soldaten, die nicht viel anders aussehen als die belgischen, Indianer vertreiben, um an die Ölquellen heranzukommen, erinnert ihn das zu sehr an eine Kritik der Kolonialpolitik des eigenen Landes. Trotzdem darf Hergé, der damals, 1930, schon einen unheimlichen Erfolg mit seinen Geschichten zu verzeichnen hat, weiter machen. Als angekündigt wird, daß er eine Geschichte über China schreiben wird, wendet sich ein in Brüssel studierender Chinese an ihn. Eine Freundschaft entsteht, die Hergé vorerst gänzlich seinen provinziell-katholisch geprägten Horizont sprengen läßt. „Der blaue Lotus“, ist ein Abenteuer Tims, das dezidiert die Politik des Westens und die Brutalität Japans in China anprangert. Auch in den darauf folgenden Geschichten kritisiert er konkret Nazideutschland und dessen Aggressionspolitik der Vorkriegszeit.

Als der Krieg ausbricht, spricht sich Hergé für die Neutralität Belgiens aus. Er sieht keinen Grund, warum Belgien Nazideutschland aufhalten, oder warum es die Interessen des Westens vertreten sollte. Ob neutral oder nicht, wie im ersten Weltkrieg überfällt Deutschland Belgien. Das *XX siècle* wird verboten und Hergé findet mit Tim seine neue Heimat im *Le Soir*, der von der deutschen Propaganda-



Es gibt Menschen, die ihre Meinung ändern, sich bessern, sich dermaßen bessern, daß man ganz vergißt, daß sie sich bessern mußten. Hergé, einer der bedeutendsten Pioniere der Comic-Welt, ist so einer.

VON ALEXANDER
SCHÜRMANN-EMANUELY



aus: Tim in der Sowjetunion – Tintin au pays des sovjets, entstanden 1929.

Der böse Kommunist, das verhungerte Kind und der Held aus dem Westen.

© Casterman, 1981

abteilung herausgegeben wird. Er wird diesen Schritt dadurch rechtfertigen, daß diese Zeitung die am wenigsten radikale in Belgien war und nicht wie andere, zu meist von Belgiern herausgegebene Blätter ständig hetzte und zum Mord aufrief. Zumindest kann Hergé einen gewissen Antisemitismus pflegen, ohne jetzt kon-

dauerndes Arbeitsverbot einbringt.

Wie für so viele kollaborierende „Opfer“, – sowas konnte man ja auch in Österreich beobachten – war diese symbolische Bestrafung ein Schock, vielleicht noch ein größerer als der Krieg selbst. Hergé hatte sich als Opfer der Nazis gesehen und seine Kollabo-

Der Erfolg Hergés ist damit zu erklären, daß er wie Walt Disney neue Maßstäbe in der Welt des Comics und in der Zeichentechnik gesetzt hatte, vor allem mit der Schaffung der „Klaren Linie“, die an Hergés Figuren keinen überflüssigen Strich gestattete und alles Opulente und zu viel Schatten von der Zeichenfläche verschwinden ließ. Erfolg bescherte auch die nach dem Krieg einsetzende Farbenpracht der Geschichten, die schrulligen Gestalten, die sich nun um Tim scharen und die Art, wie Zeitgeschichte erzählt wird, ohne jedoch zu präzise, zu politisch zu werden. Die Abenteuer sind zeitlos, entführen in alle möglichen Länder, ins All, in verschiedene Erzählebenen, die für jeden etwas bieten. Ein Kind kann sich genauso mitreißen lassen, wie ein Erwachsener. Dies erkannten auch Regisseure wie Spielberg, der eine Zeit lang die Filmrechte für Tim und Struppi erworben hatte.

Daß aus dem jungen Rechten und Reaktionär im Alter ein scharf den Wahn der Menschen und die anfangende Postmoderne kritisierender Erzähler wurde, kann entweder ein Zeichen für Anpassung oder für Sinneswandel sein. So oder so, die Epoche zwischen 1940 und 1942 bereute Hergé jedoch nicht wirklich – außer in ein paar offiziellen Äußerungen, nie aber in seiner privaten Korrespondenz.

Bei „Tim und Struppi“ kommt in den Geschichten, die in der Nachkriegszeit entstanden sind, keine Kritik an irgendwelchen Ideologien auf. Nur das Wettrüsten wird angeprangert und die Verdummung der Mas-



aus: Der geheimnisvolle Stern – L'étoile mystérieuse, entstanden 1941-42, mit antisemitischer Karikatur.

© Casterman, 1946



kret für die Nazis Propaganda zu machen. Hergé spielt ein Doppelspiel. Im damals entstandenen Abenteuer „Der mysteriöse Stern“, wird neben den antisemitischen Bildern zum Beispiel auch eine apokalyptische Vision gezeigt, die als Kritik am Nazikrieg und dessen Folgen verstanden werden kann. Trotzdem wird Hergé nach dem Krieg als Kollaborateur eingestuft, was ihm eine Nacht Gefängnis und ein einige Zeit



ration damit gerechtfertigt, daß er ja irgendetwas gegen die Nazis tun mußte und durch seine Mitarbeit ihr Werken nur abschwächen wollte. Diese gängige Argumentation setzte sich durch. Bald konnte es weiter gehen mit Tims Abenteuern und zwar dank dem Verlag Casterman und einer Zeitschrift, die, noch dazu von einem ehemaligen Widerstandskämpfer, eigens für Hergé gegründet worden war und sich Tintin nannte.



sen durch die Medien wird kritisiert. Alles ist nur noch Machtspiel; es gibt keine guten oder bösen Staaten mehr; alle sind gleich und Tim muß nur noch seine eigene Haut und die seiner Freunde retten. Hergé lebt

Tim wird ausnahmslos der Verteidiger der Schwachen, der ewige Pfadfinder, z.B. als er Romas vor Polizeiwillkür, einen jungen Indianer vor zwei Rassisten und nach Mekka pilgernde Afrikaner vor Sklavenhändlern schützt. Um das einheitliche Bild eines Humanisten Hergé zu festigen, werden die Vorkriegsalben überarbeitet und soweit es möglich ist, die zu entfernenden Passagen entfernt oder umgeschrieben.

bung machen, sollte nicht vergessen werden, daß bei Hergé gerne und oft Teilaspekte übersehen, oder vergessen wurden, die aber wichtig sind, um einen Gesamteindruck von seinem Werk zu bekommen. So könnte Hergés Arbeit auch als Beispiel dafür gelten, daß selbst ein Rassist den Schatten seiner Erziehung überspringen und menschlicher und intelligenter werden kann.

aus: Tim und die Picaros – Tintin et les Picaros. Im Medienzeitalter beschimpfen einander der Seefahrer und der Diktator virtuell.

© Casterman, 1976



aus: Der blaue Lotus – Le Lotus bleu.

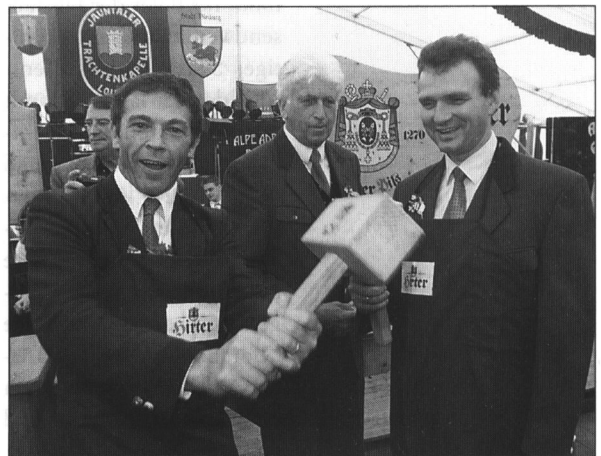
Tim und Tschang werden Freunde und erzählen einander die jeweils kursierenden Vorurteile über China und Europa.

© Casterman, 1946

nach dem Motto und Nietzsche-Zitat „Jede Überzeugung ist ein Gefängnis... Den in seinem Frühwerk aufgetauchten Rassismus läßt er gänzlich hinter sich.

Zumindest konnte Hergé überzeugen, daß er nicht mehr der zwanzigjährige Rechtsextreme war, der Propaganda zeichnete, sondern der reife Humanist, der einfach nur sein Jahrhundert erzählen wollte und zwar anhand eines vielleicht zu anfangs etwas eurozentristischen Weltreisenden, der jedoch nie seine Jugend und die damit verbundene Neugierde und Offenheit verloren hat. Die Art der Erzählung, der Einsatz von Humor, vielleicht auch das visionäre Vorgreifen in den 50er Jahren auf die Welt der 60er, lassen auch das Argument zu, daß jemand, der so intelligent ist, kein Rassist sein kann.

Auch wenn nicht einmal die schärfsten Kritiker Hergés vom Genuß der Abenteuer Tims abraten, sogar meistens selbst dafür Wer-



planet
ZEITUNG FÜR
POLITISCHE ÖKOLOGIE

planet-extra sowie die aktuelle Ausgabe (erscheint am 24. November) kostenlos anfordern bei:
planet-Redaktion,
Grüne Bildungswerkstatt,
Lindengasse 40, 1070 Wien
www.gruene.at/planet/

planet-extra aus gegebenem Anlaß
» Keine Koalition mit dem Rassismus! «

Round-Table-Gespräch mit InitiatorInnen und UnterstützerInnen des Demo-Aufrufs
Ruth Beckermann:
Umarmung oder Abgrenzung
Ljubomir Bratic:
Unterwegs zur Mündigkeit
August Gächter:
Arbeitnehmerpolitik und Ausländer
Bernd Matouschek:
Haider ist kein Nazi, bloß kein Demokrat!
Gerhard Scheit:
Klasse und Nation – postfaschistisch
Sieglinde Trannacher / Lydia Zellacher:
Tarnen, Täuschen, Abstauben
Publikationen, Adressen, Aufrufe ...

Katastrophenkataster Osttimor

Begehung eines Trümmerfeldes

Jene Staaten, die heute in Osttimor intervenieren, haben jahrzehntelang hervorragende Beziehungen zum Massenmörder Suharto unterhalten.

VON RAINER WERNING*

Knapp 80 Prozent der Wahlberechtigten stimmten am 30. August in einem Referendum für die Unabhängigkeit Osttimors. Mit diesem Ergebnis hatte wohl selbst der seit Mai 1998 amtierende Suharto-Vertraute und -Nachfolger im Präsidentenpalast zu Jakarta, Dr. Bacharuddin Jusuf Habibie, nicht gerechnet. Doch ausgerechnet er hatte Anfang dieses Jahres mit Verweis auf die erdrückenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf dem Archipel den Stein ins Rollen gebracht und verkündet, Osttimor noch vor der Jahrtausendwende über sein künftiges Schicksal selbst entscheiden zu lassen. Damit riskierte er einen Machtkampf mit den Militärs und der Siegerin der Parlamentswahlen im Juni, Megawati Sukarnoputri. Diese befürchten, ein unabhängiges Osttimor könnte andere „Unruheherde“ ebenfalls dazu verleiten, sich aus dem indonesischen Staatsverband zu lösen.

Ein Dokument der indonesischen Armee von Anfang Mai, da man gerade ein internationales Abkommen über das Referendum erzielt hatte, enthielt laut *Sydney Morning Herald* (8. und 26.7.99) und der *Australian Financial Review* (13.9.99) denn auch die unmißverständliche Anordnung, „nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses in allen Dörfern Massaker anzurich-

ten, falls die Verfechter der Unabhängigkeit siegen“. Die Unabhängigkeitsbewegung sei „von der Führung bis zur Basis auszuschalten“. (*The Observer*, 13.9.99) Das angekündigte Grauen, von pro-indonesischen Milizen inszeniert und von den Militärs gedeckt, nahm seinen Lauf und die „westliche Wertegemeinschaft“ schaute zu.

Heuchelhorde im Westen

Die Entfernung zwischen dem Kosovo und Osttimor markiert die Kluft zwischen bombengelaunten „humanitären Interventionisten“ und perfiden Zynikern der Macht. Von „erzwungenem Massenexodus“, „systematischem Völkermord“ – gar „einem neuerlichen Auschwitz“ – war im Frühjahr die Rede, als im Namen von Menschenrechten ein rasches, kompromißloses und kostspieliges Handeln in Jugoslawien propagiert und exekutiert wurde. Eine geballte bellizistische Formation von NATO-Haudegen bis hin zu den Bündnisgrünen führte und befürwortete einen elfwöchigen Luftkrieg gegen das Milosevic-Regime, der mehr Probleme geschaffen hat, als er zu lösen vorgab.

Im Falle des erneuten indonesischen Staatsterrors gegen Osttimor, der in unterschiedlicher Intensität seit 24 Jahren (!) andauert und sämtliche UN-Verurteilungen ungestraft ignorierte, ist auf einmal alles ganz anders.

Hier konnte der Befehlshaber der indonesischen Truppen in Dili, Oberst Tono Suratman, zwei Wochen vor dem Referendum unbehelligt schwadronieren: „Sagen wir es ganz deutlich: Wenn die Pro-Unabhängigkeitskräfte siegen, wird alles zerstört werden. Das wird schlimmer als vor 23 Jahren“ (als indonesische Streitkräfte die erste Terrorwelle in Osttimor auslösten; R.W.). (*Australian Financial Review*, 14.8.99, unter Bezug auf ein Radiointerview) Die lautstärksten Apologeten des NATO-Krieges gegen Jugoslawien, von Tony Blair und Bill Clinton bis zu den Herren Scharping und Fischer, handelten jetzt gemäß der Devise des früheren US-Präsidenten Teddy Roosevelt: „Jemand mag ein Schurke sein, entscheidend ist, er ist unser Schurke.“ Noch am 7. September – das Morden, Plündern und Niederbrennen der Milizen war in vollem Gange – hieß es in London, man erwäge keine Sanktionen gegen Jakarta, da diese „ineffektiv“ seien. Statt dessen favorisierte man eine „quiet diplomacy“ – inhaltend und überdies mit mickrigem Budget. Dieses schale, billige Dulden von Staatsterror seitens der „westlichen Wertegemeinschaft“ ist Ausdruck dessen, was Anthony Lewis in der *International Herald Tribune* (08.9.99) zutreffend „Kissingerschen Realismus“ nannte.

*) Rainer Werning ist Vizepräsident des International Forum for Child Welfare (Genf), Geschäftsführer der schwerpunktmäßig in den Südphilippinen engagierten Stiftung für Kinder (Freiburg i. Br.) und Herausgeber der Schriftenreihe des Forschungsinstituts Dritte Welt/Industrieländer (FDI, Osnabrück). Seit Ende der sechziger Jahre hat er sich mehrfach zu Studienzwecken in Südost- und Ostasien aufgehalten und zahlreiche Veröffentlichungen über die politische und Wirtschaftsgeschichte der Region vorgelegt.

Ein Blick zurück

Gerade mal neun Tage hatte vor 24 Jahren die Unabhängigkeit Osttimors gewährt, bevor die portugiesische Ex-Kolonie am 7. Dezember 1975 von indonesischen Truppen überrannt und von Jakarta ein Jahr später völkerrechtswidrig als 27. Provinz annektiert wurde. Henry Kissinger, seinerzeit Außenminister, und US-Präsident Gerald Ford weilten in diesem Dezember 1975 in Jakarta auf Staatsvisite, wo Ex-General und Präsident Suharto sie über die unmittelbar bevorstehende (widerrechtlich mit US-Waffen gestützte) Invasion Osttimors unterrichtete. Zurück in Washington, erklärte Kissinger vor seinem Stab im State Department: „Ich weiß, was das Gesetz ist. Doch kann es in unserem nationalen Interesse liegen (...), den Indonesiern die Zähne einzuschlagen?“ (ebd., S. 6) Zudem hatte er Suharto zu einem „quick fix“ gedrängt: wenn schon eine Invasion, dann auf schnellst möglichem Wege.

So arrangierte man sich mit der Regierung des bevölkerungsreichsten, größten Landes in Südostasien und bedeutsamsten Verbündeten in der Region. Schließlich war in Jakarta mit Präsident Suharto ein Mann am Ruder, der seinen Aufstieg (1965/66) zur Macht buchstäblich auf Leichenbergen ermordeter Kommunisten, „Aufrührer“ und „Separatisten“ erklimmen hatte. Mit Jakarta ließen sich vorzüglich Geschäfte machen. Groß war der indonesische Markt. Und größer noch waren die Begehrlichkeiten westlichen Kapitals, dort kräftig zu hecken und Suhartos angepeiltes Auf-rücken in den Club der sogenannten Tigerstaaten zu

unterstützen, bis sich die Wirtschafts- und Finanzkrise mit einer politischen und Legitimitätskrise verband und den Despoten im Mai 1998 zum Rückzug zwang.

Mit von der Partie war von Anfang an die Bundesrepublik. „Der nach dem Ausscheiden Sukarnos begonnene Wandel in Staat und Gesellschaft“, hatte bereits das Düsseldorfer *Handelsblatt* (6.1.70) früh und in Erwartung lukrativer Geschäfte verzückt-euphemistisch kommentiert, „ist in Indonesien noch nicht abgeschlossen. Suhartos Verdienst besteht darin, daß er diesen Wandel mit der Geschmeidigkeit und Geduld eines typischen Zentraljavaners ermöglicht hat. (...) Immerhin verfügt Suharto neben javanischer Geschmeidigkeit und Geduld auch über taktisches Gespür und notfalls Entschlossenheit, wie er das bei der Ausschaltung seines Vorgängers hinlänglich bewiesen hat.“ Langjährig und intensiv unterstützte der Bundesnachrichtendienst (BND) die indonesischen Militärs mit Logistik und Waffen. Über die Bundeswehr und den Bundesgrenzschutz gab's für die fernen Freunde – unter dem Vorwand der „Drogenmißbrauchsbekämpfung“ – Hilfestellung in Form von Ausbildungskursen für Offiziere an der Bundeswehrakademie Hamburg-Blankenese sowie Spezialtrainings bei der Elitetruppe GSG-9 in Hangelar bei Bonn. Unter anderen hatte dort auch der Schwiegersohn Suhartos, General Prabowo Subianto, 1981 eine Sonderausbildung erhalten. In seine Heimat zurückgekehrt, avancierte Subianto zum Chef der indonesischen militärischen Spezialeinheiten und über-

nahm zudem das Kommando über das wegen seiner Brutalität gefürchtete „Detachment 81“. Als einer der Drahtzieher von Liquidierungskampagnen gegen Oppositionelle inkriminiert, konnte sich Subianto nach dem Suharto-Rückzug im Sommer letzten Jahres unbehelligt ins Exil nach Jordanien absetzen. Der frühere BND-Chef, Reinhard Gehlen, kommentierte Suhartos Militärputsch und blutigen Machtantritt ganz im Jargon des Kalten Krieges: „Der Erfolg der indonesischen Armee, die (...) die Ausschaltung der gesamten kommunistischen Partei mit Konsequenz und Härte verfolgte, kann nach meiner Überzeugung in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.“ (zit. nach: Sendemanuskript von Monitor, WDR/Köln, ausgestrahlt am 10.10.96) Laut Recherchen desselben Fernsehmagazins bildete der BND indonesische Agenten in Deutschland aus. Überdies lieferte man aus Deutschland militärische Elektronik, zum Beispiel über die BND-nahe Firma Telemit. Die Geheimdienstkontakte hatten sich dermaßen freundschaftlich gestaltet, daß der BND in der Deutschen Botschaft in Jakarta sogar eine sogenannte legale Residentur einrichten konnte. Der Zweck dieser BND-intern als FB 70 bezeichneten Residentur: enge Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst der Suharto-Diktatur. 1984 ist gar ein Kooperationsabkommen über Polizeiausbildung und -technologie abgeschlossen worden, das auf bundesdeutscher Seite von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Eschborn unterschrieben, somit unter Ent-

wicklungshilfe gefaßt wurde. Immerhin rangierte Indonesien (mit Indien, Ägypten und der VR China) ganz oben in der Rangliste der meistbegünstigten Empfänger bundesdeutscher Entwicklungshilfe.

Aus der BRD fand auch massenhaft militärisches Gerät den Weg nach Indonesien, von Fregatten aus Beständen der früheren Nationalen Volksarmee bis hin zu Maschinenpistolen der Firma Heckler & Koch. Hubschrauber vom Typ BO-105 der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) werden unter deutscher Lizenz im Lande selbst gefertigt. Selbst (Kampf-)Uniformen ließ die Bundeswehr in der javanischen Textilfirma Sritex zu Billigstkonditionen nähen. Der an der Technischen Hochschule Aachen ausgebildete germanophile MBB-Fan, langjährige Technologieminister und Suharto-Intimus Habibie ging mit Kritikern derartiger Deals nicht zimperlich um. Als namhafte Wochenmagazine in Jakarta 1994 beispielsweise den Ankauf von 39 modernisierungsbedürftigen Kriegsschiffen aus Deutschland bemäkelten – Gesamtsumme: 650 Mio. US-Dollar, ließ Habibie sie kurzerhand durch das Informationsministerium verbieten.

Meuchelorde in Osttimor

In Osttimor waren derweil laut Untersuchungen von amnesty international und anderer Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen allein bis zum Frühjahr 1999 über 200.000 der etwa 800.000 Einwohner zählen der Bevölkerung Osttimors infolge der indonesischen Besatzung ums Leben ge-

kommen. Vor Jahren hatten zwei exponierte Wortführer Osttimors auf die Gefahr weiteren Leidens und erneuter Massaker hingewiesen. 1989 erklärte Carlos Belo, der sieben Jahre später gemeinsam mit Ramos Horta mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Bischof von Osttimors Hauptstadt Dili: „Wir sterben als ein Volk und als eine Nation“. Und 1993 hatte der kürzlich aus der Haft entlassene Führer der osttimoresischen Widerstands- und Unabhängigkeitsbewegung FRETILIN, Xanana Gusmao, gewarnt: „Das Konzept einer Realpolitik bedeutet (...) den Tod des Bewußtseins unserer Volkes.“

Als Habibie Anfang des Jahres erstmalig den Plan verkündete, Osttimor binnen weniger Monate in einem Referendum über Autonomie, Unabhängigkeit oder den Verbleib zu Indonesien abstimmen zu lassen, ging es ihm um wirtschaftliche und politische Gründe. Er sah in Osttimor eine zusätzliche ökonomische Belastung und war gleichzeitig gewillt, das wegen der Annexion – zumindest unterschwellige – Negativimage abzustreifen und sich mit Blick auf die bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen als demokratischer Erneuerer zu gerieren. Ob das im einzelnen mit den Militärs abgesprochen war, bleibt fraglich. Diese wie auch die Tochter des charismatischen Staatsgründers Sukarno, Megawati Sukarnoputri, fühlen sich der jahrelang gültigen „*dwi fungsi*“-Doktrin verpflichtet. Demnach kommt dem Militär eine Doppelfunktion zu: Im Inneren wirkt es sozialpolitisch

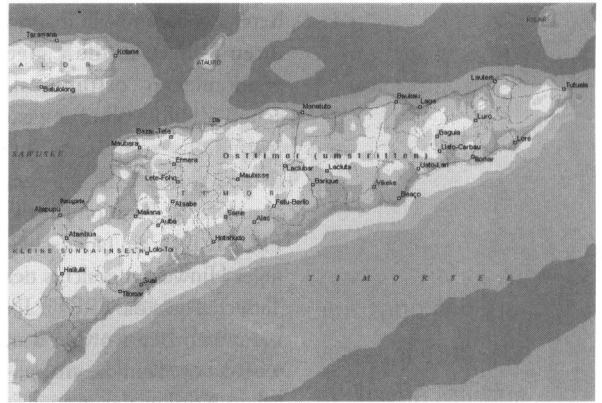
im Sinne von Ruhe, Ordnung und Stabilität und garantiert als Wahrer nationaler Integrität und Souveränität den unbedingten Zusammenhalt des Staatsverbandes. Zwar opponierten die Streitkräfte nicht offen gegen Habibie, unternahmen allerdings hinter den Kulissen alles, um ein eventuelles Unabhängigkeitsvotum durch gezielte Störung und Destabilisierung zu unterlaufen und eine tatsächliche Unabhängigkeit Osttimors auf Dauer zu verunmöglichen. Bereits Monate vor dem – mehrfach verschobenen – Referendum haben die Führer des aus sämtlichen gesellschaftlichen Schichten Osttimors gebildeten Widerstandsrates auf eine angemessene UN-Repräsentanz gedrängt – ein Wunschtraum, wie sich fatalerweise herausstellen sollte.

Die Crux: Zwar bezogen internationale Beobachter der UN-Mission in East Timor (UNAMET) in Dili Quartier, doch bereits zehn Monate vor dem Referendum gingen „integrationistische“ – sprich: pro-indonesische – Milizen gegen alle vor, die verdächtigt wurden, gegen die fortgesetzte Herrschaft Jakartas zu votieren. Makaber war überdies, daß ausgerechnet die indonesischen Streitkräfte mit der ordnungsgemäßen Überwachung des Referendums betraut wurden! Als diese ihre gedungenen Schergen aufstachelten (von der BBC durch mitgeschnittene Funkgespräche zwischen beiden Parteien einwandfrei belegt), Dili zu entvölkern, Tausende abzuschlachten und über 300.000 Menschen gewaltsam in die Berge oder nach

Westtimor zu treiben, stellte sich die „westliche Wertegemeinschaft“ taub und sah keinen Handlungsbedarf. Obwohl die UNAMET in ihrem Lagebericht vom 11. September, also zwei Wochen nach dem Referendum, zu folgender Einschätzung gelangt war: „Die direkte Verbindung zwischen Milizen und (indonesischen; R.W.) Militärs steht außer Zweifel und wurde von Unamet während der letzten vier Monate in erdrückender Deutlichkeit dokumentiert. Doch Ausmaß und Intensität der Verheerungen, die Osttimor während der vergangenen Woche erlebt hat, demonstrierten ein neues Niveau der offenen Beteiligung des Militärs an Operationen, die vormals eher verdeckt durchgeführt wurden.“ „Da das Pogrom vorauszusehen war“, schrieb der indonesische Historiker John Roosa am 15. September in der *New York Times*, „hätte man es leicht verhindern können. Aber in den Wochen vor der Abstimmung weigerte sich die Clinton-Regierung, mit Australien und anderen Ländern über eine internationale Truppe zu diskutieren. Selbst nach dem Ausbruch der Gewalt zögerte die Regierung noch mehrere Tage lang“, während UN-Generalsekretär Kofi Annan abwogelte und Indonesien lediglich empfahl, seinen Pflichten nachzukommen. „Die US-Luftwaffe“, schrieb Noam Chomsky in seinem Essay „Unversöhnliche Erinnerung“ für die deutschsprachige Oktober-Ausgabe von *Le Monde diplomatique*, „die in Jugoslawien zivile Ziele punktgenau vernichten konnte, sah sich außerstande, Nahrungsmittel für

hungernde Menschen abzuwerfen, die vom Terror der indonesischen Streitkräfte in die Berge getrieben wurden – von Truppen also, die von den USA und ihren Verbündeten ausgerüstet und ausgebildet werden. (...) In den Monaten vor dem August-Referendum wurden nach glaubwürdigen Kirchenquellen 3.000 bis 5.000 Menschen umgebracht. Das wären doppelt so viele Tote wie im Kosovo in der Periode vor den Nato-Bombenangriffen und sogar viermal so viel, wenn man es in Relation zur Gesamtbevölkerung setzt. Der Terror war umfassend und sadistisch und sollte warnend darauf hinweisen, was jeden erwartete, der den Befehlen der Besatzungsarmee zu trotzen wagte“. (S. 7)

Nachdem die Milizen, aufgestachelt und gedeckt von der indonesischen Soldateska, ihr Unwesen trieben und dafür Sorge getragen hatten, daß – ein wenn schon unabhängiges – Osttimor auf Dauer politisch ein fragiles Gebilde und ökonomisch ein Schutthaufen bleibt, ging das Kalkül der Machthaber in Jakarta auf. Sie hatten durch die politisch-diplomatische Hinhaltetaktik ihres Außenministers Ali Alatas Zeit geschunden und den Militärs die Bereinigung ihrer größten Blut- und Plünderspuren ermöglicht, bis sie schließlich gönnerhaft signalisierten, einer UN-Intervention stünde nichts im Wege. In diesem Sinne war die erst am 15. September zustande gekommene Resolution 1264 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, nachdem deren letzter Beobachtungsposten in Dili zeitweilig geräumt worden



war, ein verspätetes, untaugliches Unterfangen, in Osttimor „humanitär zu intervenieren“. Als dann ab dem 20. September die ersten Kontingente der bis zu 7.500 Soldaten umfassenden multinationalen Friedenstruppe (INTERFET) unter dem Kommando des australischen Vietnam-Veteranen, Generalmajor Peter Cosgrove, dort anlandeten, mußten sie sich zuvörderst als Leichenbeschauer und Vermesser des Grauens betätigen. Das Gros der Schlächter hatte sich ins benachbarte indonesische Westtimor abgesetzt, die dorthin verjagten Osttimoresen als Manövriermasse drangsalierend und von dort aus die nächsten Schritte einer gezielten Destabilisierung der Region planend.

Die australische „Schutzmacht“

„Sollten die Osttimoresen sich für die Unabhängigkeit entscheiden, wird die UNO Zug um Zug die Verantwortung für das Gebiet übernehmen, und dazu gehört auch irgendein Sicherheitsarrangement“, hatte Australiens Außenminister, Alexander Downer, vor dem Referendum erklärt. Doch gleichzeitig weigerte sich Canberra, ein solches Sicherheitsarrangement zum Schutz der

bereits von den Militärs und ihren Milizen in die Zange genommen osttimoresischen Zivilbevölkerung zu treffen. Es sollte der Eindruck vermieden werden, man bezöge Position für die FRETILIN – ein fadenscheiniger Hinweis angesichts der Tatsache, dass die FRETILIN nie umworben worden war, wovon vor allem die australischen Kritiker der indonesischen Osttimor-Politik ein Lied singen können. Ihre Berichte über die Geschehnisse dort wurden häufig zensiert oder gar nicht erst veröffentlicht. Seit der Annexion Osttimors haben sämtliche australischen (einschließlich der Labour-) Regierungen alles getan, um sich mit Jakarta ins Benehmen zu setzen und mit Rücksicht auf florierende Wirtschaftsbeziehungen keine Verstimmung wegen Osttimor aufkommen zu lassen. Nicht zuletzt mit Blick auf die gemeinsame Erschließung entdeckter Erdölquellen gestaltete sich ein inniges bilaterales Verhältnis. Wenn Canberra seine Indonesien-Liebe plötzlich zugunsten einer Osttimor-Fürsorge preisgibt, entspricht das bestenfalls heuchlerischer Fassadenreinigung. Im letzten Vierteljahrhundert hätten sich genügend Chancen geboten, für die Belange Osttimors tatsächlich humanitär zu intervenieren und die Suharto-Clique zu isolieren. Last but not least ist Australien als Veranstalter der nächsten Olympischen Sommerspiele darauf erpicht, wegen der Freveltaten an den Aborigines (u.a. Landraub und gewaltsame Kindesentführung) nicht auch noch wegen seiner Verwerfungen in der Osttimor-Politik angeprangert zu werden. Ganz zu schweigen davon, dass timoresische Sol-

daten während des 2. Weltkrieges gut genug waren, für die Belange Australiens und der Alliierten in verschiedenen Regionen der Erde ihren Kopf hinzuhalten.

Düstere Friedensperspektiven

Klänglich versagt haben in diesem Konflikt sowohl die UN als auch die „westliche Wertegemeinschaft“. Deren jahrelanges Tolerieren der indonesischen Okkupation Osttimors hat Jakarta in seiner Einschätzung bestärkt, daß beide keine Politik durchsetzen, die gegen seine Interessen gerichtet ist. Von einem diktatorischen Regime und seiner Soldateska schließlich lauwarm das Plazet zur Stationierung einer Friedenstruppe zu erbitten – diese Geste hätte im Falle des Kosovo als abstrus gegolten. „Möglicherweise hätten bereits vor dem Referendum stationierte Ordnungskräfte einen Ausbruch der Gewalt in Osttimor verhindern können“, schreibt der Züricher Völker- und Staatsrechtler Daniel Thürer: „Jakarta hatte das zwar stets abgelehnt, völkerrechtlich hätten solche Kräfte wohl aber auch ohne die Zustimmung Indonesiens entsandt werden können. Mit dem dafür benötigten Personal in der Hinterhand hätte Kofi Annan druckvoller gegenüber der indonesischen Regierung argumentieren können, der präventiven Stationierung einer Polizeitruppe zuzustimmen“ (zit. nach: *Entwicklung & Zusammenarbeit* 10/99, S. 285, Berlin (Okt.) 1999). Osttimor, so Thürers Fazit, „ist ein weiteres Lehrstück dafür, daß den Menschenrechten, der Demokratie und dem humanitären Völkerrecht nicht erst dann der nötige Respekt gezollt werden darf, wenn es bereits zu spät ist“.

Die demokratisch ein-drucksvoll unterstützte FRETILIN bleibt mit einem Sieg konfrontiert, um den sie keiner beneidet. Selbst wenn ihr Weg nach etwa dreijähriger UN-Treuhandenschaft in die Unabhängigkeit führt, bleibt sie in dem Dilemma gefangen, einen eigenen Verwaltungsapparat und ein eigenes (Aus-)Bildungs- und Wirtschaftssystem aufbauen zu müssen. Als langjähriges Objekt externer Kolonialisierung und interner Kolonisierung ist nahezu der gesamte Handels- und Wirtschaftssektor Osttimors von Geschäftsleuten aus Sulawesi, Java und anderen Inseln dominiert, die ihre Pfründe nicht kampflos preisgeben werden.

Eigentlicher Sieger instrumentalisierte und Nutznießer selektiver Menschenrechtspolitik ist und bleibt das in westlichen Führungsakademien ausgebildete und vom Westen mit Waffen hochgepöpelte indonesische Militär. Es kann sich zum Retter der Nation aufschwingen und glaubhaft versichern, nicht den „Ausverkauf“ Osttimors betrieben zu haben. Selbst die einzige chancenreiche Gegenspielerin Habibies, Megawati Sukarnoputri, steht nach wie vor einer Unabhängigkeit Osttimors und der Autonomie anderer „Unruheherde“ wie Aceh (Nordsumatra) und Irian Jaya (Westpapua) skeptisch bis ablehnend gegenüber. Der in Personalunion als Verteidigungsminister und Oberkommandierender der Streitkräfte eigentlich starke Mann Indonesiens und umtriebige General Wiranto, so Sukarnoputri, habe das Militär aus der Politik herausgehalten (sic!) und garantiere Ordnung und Stabilität im Lande. Wenn das mal keine zusätzliche Drohung ist.

Sudan – Zwischen Repression und Rebellion

Am 30. Juni 1989 hätte – wäre es nach den Plänen der Mehrparteienregierung gegangen – im Sudan die Scharia abgeschafft werden sollen. Unter anderem um genau dieses zu verhindern, putschte aber an eben diesem Tage Generalleutnant Umar Hasan al-Bashir mit Unterstützung ziviler Politiker der Nationalen Islamischen Front (NIF).

Seither versucht das neue islamistische Regime seine Macht im Lande zu stabilisieren. Der Widerstand gegen die neuen Machthaber ist aber in dieser Zeit kaum kleiner geworden. Weiterhin rebellieren nicht nur die „traditionellen“ Guerilla-Bewegungen des Südens gegen die Regierung in Khartum, sondern auch AnhängerInnen der alten Parteien des Nordens und Angehörige der Beja-Nomaden im Osten des Landes.

In der europäischen Berichterstattung über den Sudan wird – sofern überhaupt irgendwo etwas zu lesen ist – nur selten ein realistisches Bild der sudanesischen Opposition, ja der politischen Lage überhaupt gezeichnet.

Wenn überhaupt Opposition wahrgenommen wird, so werden nur deren militärische Flügel in Form der SPLA (Sudanese Peoples Liberation Army) John Garangs registriert. Immer wieder werden die Probleme des Landes ausschließlich auf einen Konflikt zwischen islamisch/arabischem Norden

und christlich/afrikanischem Süden reduziert. Eine solche Sicht der Lage vernachlässigt jedoch erstens die Verbindungen, die es zwischen Norden und Süden gibt und die in der britisch-ägyptischen Kolonialzeit bewußt zerstört wurden, und zweitens auch die Opposition, die es innerhalb des Nordens gegen das Regime Umar al-Bashirs und Hasan al-Turabis (Parlamentspräsident und Chefideologe des Regimes) gibt.

Machtübernahme islamistischer Militärs

Nach der Machtübernahme des Revolutionary Command Council for National Salvation (RCCNS) unter Bashir im Juni 1989 wurde zuerst die Errichtung einer parteilosen „Demokratie“ mit einem Konferenzsystem beschlossen. Ab 1992 wurde in den 26 Bundesstaaten des Sudan ein pyramidenförmiges System von Volkskonferenzen aufgebaut, das durch Sektoralkonferenzen der Berufsverbände ergänzt wurde. Auf höchster Ebene entstand ein 4800 Mitglieder umfassender National Congress, der allerdings wie die Volks- und Sektoralkonferenzen auch nur geringe Kompetenzen besaß. Die Direktwahl des Präsidenten 1993 ermöglichte zwar Gegenkandidaturen, der Sieger Umar Hasan al-Bashir stand allerdings bereits im Vorhinein fest. Im Hintergrund gilt weiterhin Hasan al-Turabi als Chefideologe und starker Mann des Regimes.

Auch an der katastrophalen Menschenrechtsbilanz des neuen Regimes änderte sich durch die scheinbare Demokratisierung nach dem Putsch nichts. Regelmäßig werden Oppositionelle – teilweise ohne Gerichtsverfahren – eingesperrt. In sogenannten „Geisterhäusern“ findet systematische Folter statt. Im Strafrecht werden wieder Körperstrafen exekutiert. Außer in den Südpunkten wurde im ganzen Land das „islamische Strafrecht“ eingeführt.

Legale und extralegale Hinrichtungen sind vor allem in jenen Gebieten des Sudans an der Tagesordnung, in denen sich eine bewaffnete Opposition befindet. Diese ist jedoch nicht nur gespalten, sondern auch alles andere als ein Hort der Menschenrechte. Auch aus jenen Gebieten im Südsudan, die von John Garangs SPLA beherrscht werden, melden internationale Menschenrechtsorganisationen willkürliche Verhaftungen, Hinrichtungen und Folter. Innerparteiliche Rivalen Garangs werden immer wieder ermordet. Die SPLA soll für ihren Kampf auch Tausende Kindersoldaten einsetzen, die in isolierten Lagern für den Bürgerkrieg trainiert werden.

Widerstand im Norden

Bereits im September 1989 wurde in Khartum im Untergrund ein Dachverband großer Teile der Opposition gegen das Regime gegründet.

Seit zehn Jahren versucht eine islamistische Militärregierung, den Sudan zu einem „islamischen Staat“ umzubauen.

VON THOMAS SCHMIDINGER*

*) Thomas Schmidinger ist Aktivist der Ökologischen Linken (ÖKOLI) und hat kürzlich eine längere Reise in den Sudan unternommen



Hochzeitsparty
in Omdurman, Sudan
Februar 1999

Foto: Thomas Schmidinger

Inzwischen sind elf Gewerkschaften, rund fünfzig Parteien, ein Zusammenschluß entlassener Offiziere sowie die SPLA John Garangs Mitglied der National Democratic Alliance geworden.

So breit das Bündnis auch ist, so zerrissen ist es. Rivalitäten zwischen der Umma-Partei Sadiq al-Mahdis und der Democratic Union Party – den beiden wichtigsten Parteien des Landes – sowie das konfliktreiche Verhältnis zwischen Garangs Rebellen im Süden und den traditionellen Parteien im Norden schwächen das Oppositionsbündnis immer wieder.

Noch wichtiger als die Bündnisse und Machtkämpfe der Oppositionspolitiker ist jedoch der alltägliche Widerstand großer Teile der Zivilbevölkerung. Wer den Sudan bereist, sieht auf Schritt und Tritt, wie wenig die Islamisierungskampagnen der Regierung fruchten. Die vorgeschriebene Geschlechtertrennung in öffentlichen Verkehrsmitteln funktioniert nirgends. In den Bussen im ganzen Land sitzen Frauen und Männer dichtgedrängt nebeneinander. Die staatli-

chen Eisenbahnen verkaufen Frauen zwar nur Tickets in Frauenabteilen, die reale Sitzordnung unterscheidet sich dann aber oft erheblich von der theoretischen Verteilung der Platzkarten. Tausende Frauen bedecken ihr Kopfhaar nur mit transparenten Kopftüchern oder haben diese überhaupt nur um den Hals hängen, um sie bei Bedarf aufzusetzen.

Was auf den Straßen Karthums relativ gefährlich ist, ist in der Karthum University Tagesordnung: Der Anteil von „islamisch“ gekleideten Frauen ist dort geringer als in manchem Staat ohne eine islamistische Regierung. Die Karthum University ist aber auch in anderen Bereichen ein Hort der Freiheit geworden. Nirgendwo finden im Sudan offenere Diskussionen statt, und nirgendwo sagt die Bevölkerung deutlicher, was sie von der Regierung hält.

Diese relative Freiheit wissen die StudentInnen handfest zu verteidigen. Alle paar Monate versucht die Polizei die Einhaltung der „islamischen“ Kleiderordnung oder andere Aspekte

ihrer autoritären Ordnung auf dem Campus zu erzwingen, und alle paar Monate wehren sich die StudentInnen mit Straßenschlachten gegen diese Versuche. Die letzten großen StudentInnenunruhen fanden erst heuer am Ende des Aid al-Fitr – des Festes am Ende des Fastenmonats – statt. Der Widerstand der StudentInnen wurde der Regierung 1997 sogar so gefährlich, daß sie die ganze Universität für ein Semester schloß und seit Jahren eine Vielzahl von StudentInnen zwangsexmatrikuliert wird.

Eines der ärmsten Länder Afrikas

Auch die einst starken Gewerkschaften arbeiten im Untergrund weiter. Trotz Streikverbots kommt es immer wieder zu mehr oder weniger spontanen Streiks im Land. Die Kommunistische Partei des Sudan (SCP, einst eine der stärksten KPs Afrikas) ist unter den ArbeiterInnen – insbesondere bei den Angestellten der Eisenbahnen – im Untergrund weiter verankert. Selbst jene Gewerkschaften, die von der Regierung gleichgeschaltet wurden, versuchen immer wieder einen größeren Spielraum zu bekommen. In vielen offiziellen Gewerkschaften werden Gewerkschaftswahlen so lange wiederholt, bis eine annähernd regime-treue Gewerkschaftsführung gewählt wird.

Der Widerstand großer Teile der Zivilbevölkerung gegen das Regime ist außerordentlich stark. Eben jene Zivilbevölkerung ist es auch, die unter den internationalen Wirtschaftssanktionen besonders leidet. Ähnlich wie in Libyen und dem Irak, zeigt sich auch im Sudan,

Hasan al-Turabi. Laut Nimeiri sei das Treffen in freundschaftlicher Atmosphäre verlaufen. Der greise Ex-Diktator will nun laut eigenen Angaben bei der Versöhnung und Demokratisierung des Sudans mithelfen. Diese edlen Motive nehmen ihm jedoch jene Oppositionsparteien, die bereits unter seiner Herrschaft zu leiden hatten, nicht wirklich ab, weshalb es in Khartum bereits zu Protesten gegen seine Rückkehr kam.

Politische Betätigung außerhalb der „politischen Vereinigungen“ bleibt weiterhin strengstens verboten. Dies führte die Regierung am 2. Februar gleich besonders deutlich vor Augen. Auf einer Pressekonferenz der Cultural Enlightenment Society – eine bisher unter dem Namen „Modern Democratic Forces Movement“ auftretende Abspaltung der Kommunistischen Partei – wurden in Omdurman, der Zwillingsstadt Khartums,¹ sämtliche Anwesende, darunter 20 Journalisten, verhaftet.

Ob das neue Parteiengesetz ein wirklicher Schritt in Richtung Demokratisierung darstellt, bleibt fraglich. Von der Regierung ist er wohl kaum als solcher gedacht. Da sich aber auch echte Oppositionsparteien wie die ehemalige Rebellenallianz um Reik Machar als „politische Vereinigungen“ einschreiben lassen, kann es durchaus sein, daß damit ungewollt ein erster Schritt zu mehr Pluralismus in der politischen Landschaft des Sudan gesetzt wurde. Gleichzeitig wirkt die Anerkennung solcher Parteien wiederum grundsätzlich systemstabilisierend, da es Kräfte, die bisher in den Untergrund abgedrängt wurden,

in das politische System integriert und damit die Basis des Systems erweitert.

Eine neue Verfassung

Am 30. Juni 1998 – am neunten Jahrestag der „Revolution der nationalen Rettung“ – trat die neue, permanente Verfassung des Regimes in Kraft. Zuvor war sie einer Volksabstimmung unterworfen worden, bei der die Regierung natürlich einen überwältigenden Sieg von 96 % davongetragen haben will.

Die Verfassung bezieht sich trotz islamistischer Regierung nur an zehn Stellen explizit auf den Islam. Trotz dieser Zurückhaltung betrachtet Rüdiger Seesemann, Islamwissenschaftler an der Universität Bayreuth, diese als „vieldeutig“.² Neben einer ganzen Reihe von unverbindlichen Gummiparagrafen kritisiert Seesemann: „Äußerst unpräzise ist auch die Formulierung von Artikel 65, der die Grundlagen der Gesetzgebung behandelt: ‚Quellen der Gesetzgebung sind die islamische Scharia und der Konsens der Nation, der per Referendum oder durch die Verfassung oder durch das Gewohnheitsrecht (urf) erreicht wird.‘“. Dabei ist Papier sowieso geduldig. Auch eine weniger dehnbare Verfassung würde ihren Wert erst durch andere Machtverhältnisse im Sudan bekommen. Und diese anderen Machtverhältnisse wiederum können nur die Menschen des Sudan selbst herbeiführen.

Den Willen dazu gibt es. Überall im Land ist die Unzufriedenheit zu bemerken, und vor allem in Diskussionen mit intellektuellen Kritikern des Regimes zeigt sich auch immer wieder eine de-

ziert linke Kritik am Regime. Gegen die Regierung zu sein heißt zum Beispiel noch lange nicht, für die internationale Isolation des Landes einzutreten oder den US-Bombenangriff vom vergangenen Herbst zu befürworten. Die meisten Sudanesen sind sich durchaus bewußt, daß der Westen kein Interesse daran hat, für die Menschen des Sudan irgendwelche Verbesserungen durchzusetzen. Beim Angriff auf die angebliche Chemiewaffenfabrik al-Shifa – so hört man auch von RegimekritikerInnen – wurden einmal mehr einfache Leute getroffen. Und sollte dort wirklich Giftgas hergestellt worden sein, wurde damit auch die Verseuchung der Bevölkerung Khartums und Omdurmans bewußt in Kauf genommen.

Deshalb werden die Menschen des Sudan wohl weiterhin versuchen müssen, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen und ihre Interessen sowohl gegen das Regime als auch gegen die internationale Aggression gegen ihr Land durchzusetzen. Die Menschen arbeiten an der Veränderung der eigenen Gesellschaft. Dieselben Menschen, die über Anarchie oder Feminismus diskutieren, sind etwa auch gegen Genitalverstümmelungen von Frauen aktiv, die im Sudan in ihrer schlimmsten Form – der „Pharaonischen Beschneidung“ – trotz Verbot noch besonders weit verbreitet sind. Auch wenn die Veränderung solcher gesellschaftlich tradierten Gewohnheiten weit schwieriger ist als die Veränderung des politischen Systems, so gibt es auch hier AktivistInnen, die konsequent und mit langem Atem für eine Veränderung arbeiten.

1 Omdurman liegt gegenüber von Khartum am anderen Ufer des Nils. Beide Städte sind praktisch zusammengewachsen, haben aber ihren eigenständigen Charakter bewahrt.

2 Seesemann, Rüdiger: *Der Sudan und die islamistische Verfassung*; in: *inamo*, Nr.17, Frühjahr 1999.

Inszenierte Politik – Politik durch Inszenierung

Die Nationalratswahl ist vorbei. Der Streß des Wahlkampfes, der zwei Hauptdarsteller, den Bundeskanzler und seinen Finanzminister Rudolf Edlinger, sogar zu Spitalsaufenthalt zwang, ebenso. War das bereits ein Anzeichen für die folgende Wahlniederlage der SPÖ?

Das wird sich wohl nie ganz genau feststellen lassen, merkwürdig ist es allemal. Daß die Krankheit der beiden SPÖ-Politiker den höchsten Nachrichtenwert aller Meldungen des jeweiligen Tages hatte, zeigt, wie wichtig die einzelnen Personen für die Wahlen und den Wahlkampf sind. Natürlich hat ein Spitalsaufenthalt des Bundeskanzlers, eines Ministers oder einer Ministerin immer einen gewissen Nachrichtenwert, im Wahlkampf ist es jedoch die Spitzenmeldung des Tages.

Mediale Höhepunkte im Wahlkampf sind immer wieder die TV-Konfrontationen. Obwohl ihre Zugkraft weiter nachgelassen hat und die Reichweite zurückgegangen ist, spielen die Konfrontationen für die Wahlentscheidung nach wie vor eine gewisse Rolle. Den „Runden Tisch“ mit den Vorsitzenden aller fünf Parteien sahen immerhin knapp 1,4 Millionen Menschen. Die „Taferl“ von Jörg Haider oder die überzeugenden TV-Auftritte von Bundespräsident Thomas Klestil vor seiner ersten Wahl sind nur zwei Beispiele für wahlentscheidende TV-Konfrontationen.

Die Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Politik bzw. die Darstellung von Politik über die Medien spielte natürlich nicht immer eine so bedeutende Rolle wie heute.

In Zeiten hierarchisch strukturierter Herrschaftssysteme lag die Macht, aktiv wahrzunehmen und zu sehen, bei den politischen Eliten, so lautet eine These des Philosophen Thomas Macho. Je weiter oben man auf den Sprossen der imperialen Leiter sitzt, desto größer ist die Möglichkeit, die unteren gesellschaftlichen Ränge im Auge zu behalten. Andererseits bewirkt ein höherer gesellschaftlicher Rang ein zunehmendes Maß an Unsichtbarkeit.

Es war ein Privileg von Fürsten, Königen, Kaisern, hohen kirchlichen Würdenträgern und Generälen, von „oben“ auf ihre Untertanen, Gemeinden und Soldaten herabzusehen. Macht bedeutet auch Kontrolle. Viel sehen zu können, ohne dabei gesehen zu werden, Übersicht bei gleichzeitiger Unsichtbarkeit. Hierarchien bewirken eine Asymmetrie der Sichtbarkeit. Sozial konstruierte Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Schichten wird mit dem Bewußtsein unterlegt, ein entsprechendes Übersichts- und Unsichtbarkeitspotential zu besitzen und dieses auch nutzen zu können. Sozialer Aufstieg geht einher mit dem Zuwachs der Möglichkeiten, aktiv zu sehen, und dem Abnehmen des Risikos, passiv gesehen zu werden.

Das ändert sich mit der Moderne. Die rasanten Entwicklungen in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen es heutzutage theoretisch allen, nach oben zu gelangen und ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zu treten. Vor allem der politische Karriereweg steht einer ungleich größeren Anzahl von Menschen offen als in streng hierarchisch strukturierten Herrschaftssystemen.

Es wird zunehmend wichtiger, Aufmerksamkeit zu erlangen und in der Öffentlichkeit gesehen zu werden. Anders als in früheren Zeiten ist nicht allein die Zustimmung bzw. die Kontrolle des relativ kleinen Kreises der politischen Eliten notwendig. Mit dem Entstehen von Massendemokratien, Massenparteien und Massenmedien wird es im Gegenteil immer wichtiger, große Teile der Bevölkerung zu erreichen und zu beeinflussen. Die Kontrolle und die Aufrechterhaltung der Basis läßt sich nicht durch immerwährendes Versteckspiel erreichen. Sonst würden die Politiker und Politikerinnen sämtlicher Parteien die anstrengenden Tourneen durch das ganze Land nicht auf sich nehmen. Über die Massenmedien läßt sich zwar eine große Anzahl potentieller Wähler und Wählerinnen erreichen, doch Abgehobenheit und Arroganz kommt nicht gut an.

Anstelle der Unsichtbarkeit kommt es zu einer „In-

Die Darstellung von Macht, Herrschaft und Politik war immer eine der Lieblingsbeschäftigungen der politischen Eliten. Die Formen und Mittel der Inszenierung können dabei sehr unterschiedlich sein.¹

VON MARKUS PINTER

1 Die folgenden Ausführungen wurden auf der Basis des Sammelbandes von Sabine R. Arnold, Christian Fuhrmeister, Dietmar Schiller (Hg.): *Politische Inszenierung im 20. Jahrhundert. Zur Sinnlichkeit der Macht*. Wien/Köln/Weimar 1998, niedergeschrieben.

flation der Gesichter".² Thomas Macho geht sogar so weit zu behaupten, daß sich in der politischen Konkurrenz nicht mehr die Parteiprogramme, sondern nur mehr die Gesichter behaupten würden.

Ganz so schlimm ist es noch nicht. Dennoch spielen Gesichter (oder Personen) eine große Rolle für die Wahlentscheidung. Laut einer Umfrage gaben 35 % der Wähler und Wählerinnen der SPÖ an, die Partei nur wegen des Spitzenkandidaten Viktor Klima gewählt zu haben. Jörg Haider von der FPÖ kommt – nicht wirklich überraschend – auf einen etwas höheren Prozentsatz. Der Grüne Alexander van der Bellen und die Liberale Chefin Heide Schmidt waren zu je knapp 30 % ausschlaggebend für die Entscheidung ihrer Wähler und Wählerinnen. Aber so unrecht hat Macho auch wieder nicht. Seit Jahren gibt es etwa im Wochenmagazin profil eine vierteljährliche Umfrage, um den Prozentsatz der Wähler

und Wählerinnen aller Parteien zum jeweiligen Zeitpunkt in Erfahrung zu bringen. Gleichzeitig wird auch der Bekanntheitsgrad der wichtigsten Politiker und Politikerinnen Österreichs abgefragt, inklusive der Veränderung in Prozent. Hier kann die politische Elite ablesen, ob sie überhaupt für wichtig genug befunden wurde, um in der Auflistung aufzuschneiden. Dazu gibt es praktischerweise ein kleines Foto mit deren Porträt. Hier ist also der Erfolg bzw. der Mißerfolg der politischen Arbeit nicht nur für die Politiker und Politikerinnen selbst, sondern für ein Massenpublikum ablesbar.

Zumindest der Erfolg der politischen Öffentlichkeitsarbeit. Der Bekanntheitsgrad ist zwar mittlerweile ein wichtiges Kriterium für die Entwicklung der politischen Karriere geworden, über die Qualität sagt er jedoch nichts aus.

„Wichtiger als selbst die denkbar höchste Kompetenz ist der Bekanntheitsgrad; und schlimmer als jede Kritik wäre der Umfragevermerk: zu wenig bekannt“³, lautet eine weitere Behauptung Machos. Das ist das Problem, das alle Parteien mit ihren Quereinsteigern und Quereinsteigerinnen haben. Sind sie in der Sache überaus kompetent, dann sind sie meist in der breiten Öffentlichkeit nicht bekannt genug. Haben sie hingegen einen großen Bekanntheitsgrad, da sie sich durch ihre früheren Tätigkeiten in Funk und Fernsehen profilieren konnten, läßt ihre Kompetenz zu wünschen übrig. Doch ein hoher Bekanntheitsgrad allein sichert noch lange nicht das Überleben auf der politischen Bühne.

Es ist allerdings unbe-

streitbar, daß politischer Erfolg zu einem immer größer werdenden Teil durch die Erregung von Aufmerksamkeit über Bilder in den Massenmedien erreicht wird. Wichtig ist vor allem, dem Publikum ein Gefühl der Nähe zu vermitteln. Aufmerksamkeit erregen heißt hier vor allem, das Publikum direkt anzusprechen. Etwas forscher ausgedrückt etwa: „Hallo, ich rede gerade mit Ihnen, würden Sie mir also zuhören/das lesen, was ich zu sagen habe!“ Wer sich so inmitten des Überangebots von Information, Unterhaltung und (Wahl-)Werbung, am besten Aufmerksamkeit verschaffen kann, dem bzw. der wird es möglich sein, durch kurze Statements das Bedürfnis nach mehr zu wecken und sich einen Platz in der politischen Prominenz zu sichern.

Das Publikum bleibt jedoch anonym, im Gegensatz zu den Besuchen bei Zeltfesten und dergleichen. Durch Marktforschungen versuchen die Medien und die Parteien festzustellen, wer was wann gesehen, gelesen oder gehört hat. Genaue Analysen sind jedoch unmöglich. Daher ist es auch eine gewisse Kunst, für den jeweiligen Anlaß die richtige Inszenierung des Auftretens zu wählen. Es ist in der Politik heute nicht mehr möglich, öffentlich aufzutreten, ohne sich über mögliche Wirkungen und Folgen des Auftretens bzw. der Inszenierung des Auftretens Gedanken zu machen. Je komplexer und dynamischer die gesellschaftliche Realität wird und je mehr die Fähigkeit zur politischen Steuerung abnimmt, umso intensiver ergreift die politische Elite die „Flucht in den telegenen Inszenierungszauber.“⁴

Lehrgang Gewaltfreiheit

Einjährige Ausbildung anlässlich des 'Jahres für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit'

Der Lehrgang will mit einer praxisorientierten Ausbildung Menschen zum aktiven Eingreifen in Konflikt- und Gewaltsituationen - in Österreich wie im Ausland - befähigen.

Form des Lehrgangs:

* *Einführungswochenende* (Grundlagen der Gewaltfreiheit)

* *3-5 Module* (z.B. Gewaltfreiheit in persönlichen Konflikten, im gesellschaftlich-politischen Bereich, Identität und Umgang mit dem Fremden, gewaltfreie Intervention in Konflikten als Drittpartei...)

* *Praktische Vertiefung* (eine Woche im Sommer)

* *Evaluation und Abschluß*

Dauer: Jänner bis November 2000

Kosten: öS 7000,- Teilnahmebeitrag für den gesamten Lehrgang

Information und Anmeldung (beschränkte TeilnehmerInnen-Zahl):

Internationaler Versöhnungsbund
Österreichischer Zweig
Ledergasse 23/3/27
A - 1080 Wien
Tel. +Fax: +43-(0)1-408 53 32
Email: ivb@vip.at



Medien und Macht

Die politischen und medialen Systeme gehen im Falle der Inszenierung von Politik schon beinahe eine Symbiose ein. Der Politikwissenschaftler Ulrich Sarcinelli versteht unter „politisch-medialer Symbiose“⁵ sowohl die intensive Interaktion zwischen politischen Akteuren und Akteurinnen als auch ein enges wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen Politik und Medien. Publizität wird im Austausch gegen Information geboten, Raum für politische Inszenierung als Gegenleistung für Exklusivität. Für die einen bringt es die Erhöhung des Bekanntheitsgrades und eventuell die Vermittlung von ein paar politischen Inhalten, für die anderen die Steigerung der Reichweite bzw. der Einschaltquoten. Die einen versuchen durch die Inszenierung ihrer selbst und der Politik, Macht zu erlangen oder aufrechtzuerhalten, die anderen suchen die inszenierte Macht kommerziell zu nutzen. Problematisch wird es allerdings, wenn die Grenzen zwischen dem journalistischen und dem politischen Bereich allzu sehr verschwimmen. Also wenn Parteiberichterstattung als journalistisch objektiv getarnt und verkauft wird, wenn Journalisten und Journalistinnen Wahlwerbung machen, wobei deren Attribut „macht objektive Nachrichten“ genutzt wird, oder wenn diese gar für Parteien kandidieren. Am deutlichsten wird die politische Einflußnahme auf den Journalismus wohl im ORF. Dort geben sich die Akteure und Akteurinnen beider Lager täglich die Türschnalle in die Hand. Politischer Einfluß auf die journalistische Arbeit ist – über-

spitzt formuliert – bereits im Rundfunkgesetz festgelegt. Im schlimmsten Fall kommt es sogar zu einer Verschmelzung politischer und medialer Machtzentren, wie dies nach Silvio Berlusconi Wahlsieg in Italien 1994 der Fall war.

Genauso wie Politikvermittlung und politische Kommunikation nicht nur Mittel der Politik sind, sind auch die Massenmedien nicht einfach nur ein Medium, in dem und über das Politik dargestellt wird. Politikvermittlung, politische Kommunikation, Massenmedien sind selbst politische Faktoren, die Einfluß auf die Gestaltung von Politik nehmen.

Inszenierung von Politik sowie die Symbolisierung von Politik scheinen immer mehr zum Substitut für Politik zu werden. In der Darstellung von Politik, von politischen Prozessen und Entscheidungen treten die Inhalte und Ereignisse zunehmend in den Hintergrund. Wichtig ist die Inszenierung, die Präsentation. Je mehr Tam-Tam gemacht, je aufwendiger die Inszenierung, je multimedialer und moderner die Inszenierung, desto größer die Aufmerksamkeit, die erregt wird. Politische Inszenierungen sind somit auch ein „kollektives Ausdrucksmuster“⁶ politischer Kulturen.

Der Begriff „Inszenierung“ kommt nicht umsonst aus der Welt des Theaters. Es ist nur logisch, daß für politische Inszenierungen die Erfahrungen aus Theater und Film, Radio und Fernsehen genutzt werden. Der Begriff der „politischen Inszenierung“ wurde in der wissenschaftlichen Forschung zunächst nur für die Beschreibung der Regie des öffentlichen Lebens in totalitären Systemen verwendet.

„Politische Inszenierung“ bezeichnete die Techniken und Maßnahmen, die von Gewaltregimen und totalitären Herrschaftssystemen angewendet wurden, den Massenlenkungen und Repressalien einen schönen Anstrich zu verleihen. Mittlerweile wird der Begriff auch für die Darstellung und Vermittlung von Politik in demokratischen Systemen verwendet. Der Unterschied zu totalitären Systemen ist dabei, das Gegeninszenierungen möglich sind.

Inszenierte Demokratie

Für die Inszenierung von Macht und Politik gibt es unzählige historische und aktuelle Beispiele. Im 18. Jahrhundert kam es mit der Entwicklung einer bürgerlichen Öffentlichkeit zu einer Vervielfältigung der Möglichkeiten politischer Inszenierung. Für einen weiteren Schub sorgte im 20. Jahrhundert die rasante technische Weiterentwicklung der Medien, wobei im selben Ausmaß für immer mehr Menschen möglich wurde, diese auch zu nutzen. Diese Entwicklung ist noch lange nicht abgeschlossen. Das politische Marketing über das Internet, das derzeit noch in den Kinderschuhen steckt, wird demnächst genauso selbstverständlich sein wie die Inserate in Print- und elektronischen Medien.

Zu den imposantesten Beispielen politischer Inszenierungen zählen die Propagandamaßnahmen des Nationalsozialismus und der Sowjetunion. Politische Inszenierungen wurden in beiden Systemen – ungeachtet aller ansonsten nicht zu vernachlässigender Unterschiede – in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen gezielt zur Manipulation der

2 Thomas Macho: *Das prominente Gesicht. Notizen zur Politisierung der Sichtbarkeit*, in: Arnold et al., S. 176

3 ebda.

4 Sigrid Baringhorst: *Politik des Überlebens – Symbolische Strategien zur Rettung der Umwelt*, in: Arnold et al., S. 158

5 Ulrich Sarcinelli: *Politische Inszenierung im Kontext des aktuellen Politikvermittlungsgeschäftes*, in: Arnold et al., S. 152

6 Sabine R. Arnold, Christian Fuhrmeister, Dietmar Schiller: *Hüllen und Masken der Politik. Ein Aufriß*, in: Arnold et al., S. 10

Bevölkerung eingesetzt. Anders lautende Meinungen wurden massivst unterdrückt und bekämpft. Die politischen Inszenierungen waren ein Instrument zur Herstellung der widerspruchslosen Akklamation.

Auch demokratische Systeme benötigen Zustimmung. Im Gegensatz zu totalitären Herrschaftssystemen müssen die Akteure und Akteurinnen ihr Handeln begründen. Politische Inszenierungen werden in der Demokratie nicht nur zur Darstellung von Politik, sondern auch zu ihrer Rechtfertigung eingesetzt. Die Inszenierung von Politik dient zur Legitimierung und Aufrechterhaltung des Systems, der Legitimierung der Ausgaben für das Funktionieren des Systems. Heutzutage lebt die Politik von der Symbolisierung, Verbildlichung und Visibilisierung von komplizierten Entscheidungsprozessen und alltäglichen, aber notwendigen Verfahrensabläufen.

Das bedeutet allerdings nicht, daß in demokratischen Gesellschaften alle Vorgänge durch die Omnipräsenz der Medien transparent sind. Birgit Sauer meint, daß „politische Öffentlichkeit auch in westlichen Demokratien nicht mit Geheimnislosigkeit oder völliger Transparenz gleichzusetzen ist, sie ist vielmehr durch eine spezifische Mischung von Visualisierung und Invisibilisierung, durch die Art der Mobilisierung von ‚Visibilitätsreserven‘ gekennzeichnet.“⁷ Politische Inszenierungen besitzen in diesem Sinn einen doppelten Charakter. So wie sie System stabilisierend oder System stürzend eingesetzt werden können, können sie der Sichtbarmachung oder dem

Verbergen von politischen Aktivitäten dienen. Der Begriff „Visualisierung“ meint die strategische Notwendigkeit, politische Macht sichtbar zu machen, „Invisibilisierung“ demnach das Gegenteil, das Verbergen. „Politische Inszenierungen sind Visualisierungen und Invisibilisierungen von Macht“⁸, bringt Birgit Sauer es auf den Punkt.

Politische Inszenierungen sind demnach Machttechniken zur Durchsetzung von politischen Interessen. Außerdem prägen sie die Vorstellung und Wahrnehmung des Publikums von Politik. Die politischen Inszenierungen werden immer umfassender und vielseitiger, sie bleiben nicht allein auf den politischen Bereich beschränkt. Wahlveranstaltungen, klassische politische Werbung und Nachrichtensendungen reichen nicht mehr aus, um Politik zu vermitteln. Politik steht in Konkurrenz zu anderen Bereichen des alltäglichen Lebens. Erscheint Politik nicht attraktiv genug, wird sie zunehmend uninteressant. Deshalb versuchen die Öffentlichkeitsabteilungen der Parteien auch, neue Trends und Techniken in die politische Werbung und Politikvermittlung einzubauen. Und sie versuchen, andere Bereiche zu erschließen. Um auch die Menschen zu erreichen, die sich weniger für Politik interessieren, werden Auftritte in der Unterhaltung, Sport und Kultur forciert. Bei großen Kultur- und Sportereignissen sind die vorderen Reihen und VIP-Logen mit politischen Akteuren und Akteurinnen besetzt.

Auch die TV-Konfrontationen sind zum Teil in die Unterhaltungssparte einzu-

reihen. Obwohl sie eigentlich dem Bereich politischer Information zugehörig sind, sind in ihnen Elemente etwa von Talkshows zu finden. Die Kontrahenten und Kontrahentinnen stürzen sich auf die peinlichen Skandale von Angehörigen anderer Parteien und sparen nicht mit unterschweligen Angriffen. Das Publikum wartet geradezu auf solche Situationen. Deswegen zählen die TV-Konfrontationen mit Jörg Haider zu den publikumswirksamsten, da er sich für persönliche Angriffe nie zu schade ist. Dies gehört ja gerade zum freiheitlichen Diskussionsstil. Rein sachliche Diskussionen erregen viel weniger Aufmerksamkeit.

Besonders anschaulich macht das das Statement eines jungen Mannes, der vom ORF zu seiner Art der Entscheidungsfindung befragt wurde. Er antwortete sinngemäß, daß ihn Politik an und für sich nicht interessiere, die TV Konfrontationen schaue er sich hingegen sehr gerne mit seinen Freunden an. Da gehe es rund, da würden die Fetzen fliegen. Wer ihm nach den TV-Konfrontationen am besten gefalle, den oder die würde er dann auch wählen.

Die Darstellung und Inszenierung von Politik hat sich über die Jahrhunderte hinweg grundlegend verändert. Diese Entwicklung ist noch lange nicht abgeschlossen. Die Einbeziehung aller möglichen Medien steckt vor allem in Österreich noch in den Kinderschuhen. Politik wird einerseits in einem Medium vermehrt über mehrere Bereiche (Information, Unterhaltung, Sport, Kultur etc.) gestreut und andererseits multimedial inszeniert werden.

7 Birgit Sauer: *Politische Leiblichkeit und die Visualisierung von Macht. Der 40. Jahrestag der DDR*, in: Arnold et al., S. 124

8 ebda.

Ihre Zivilcourage kann Leben retten!

Die größte deutsche Fluggesellschaft Lufthansa legt viel Wert auf ein nobles Image: Geschäftsleute und Urlauber sollen sich rundum wohl fühlen. Doch auch mit der Abschiebung macht die Lufthansa ihr Geschäft: Fast die Hälfte aller Abschiebungen aus Deutschland wird durch die Lufthansa durchgeführt. Manchmal mit tödlichem Ausgang: Am 28. Mai 1999 starb der Sudanese Aamir Ageeb im Linienflug nach Kairo durch Gewalt-handlungen der Grenzschutzbeamten. Es war der fünfte Todesfall dieser Art in Europa innerhalb von zwei Jahren.

Am 3. Oktober versammelten sich am Münchner Franz-Joseph-Strauß-Flughafen rund 200 AktivistInnen und verteilten im Zentralbereich an zahlreichen Terminals über 4.500 Folder

an die Fluggäste. Allein 1998 wurden von diesem Flughafen 5.647 Menschen abgeschoben.

„Grüß Gott und willkommen auf dem Flughafen München – Information an alle Fluggäste“, war da zu lesen, und: „Vor dem Abflug möchten wir Sie über Vorschriften und Sicherheitsstandards informieren. Ihre Kenntnisse in diesem Bereich können Menschenleben retten. Daher bitten wir Sie, die folgenden Informationen aufmerksam zu lesen.“

Eine praktische Handreichung für PassagierInnen auf der letzten Seite des Folders erklärte dann, wie sich Fluggäste einmischen können, wenn sie eine Abschiebung beobachten:

- Fordern Sie das Personal auf, die Abschiebung zu verhindern!

- Verweisen Sie auf die Verletzung der Menschenrechte!
- Bundesgrenzschutzbeamte haben im Flugzeug übrigens keinerlei Polizeibefugnisse: gegen den Willen des Piloten dürfen sie keinesfalls Zwangsmaßnahmen anwenden. Fordern Sie den Flugkapitän daher auf, die Durchführung der Abschiebung zu verweigern!
- Protestieren Sie lautstark!
- Greifen Sie notfalls selber ein, z.B. indem Sie sich weigern, sich hinzusetzen!
- Bringen Sie Ihre Beobachtungen an die Öffentlichkeit!
- Fordern Sie schon bei der Buchung Ihres Fluges eine Bestätigung, daß auf Ihrem Flug nicht abgeschoben wird!
- Ihre Zivilcourage kann Leben retten!

Der Bayrische Flüchtlingsrat fordert Lufthansa-Fluggäste auf, mit Mut und Solidarität gegen die Unmenschlichkeit von Abschiebungen einzugreifen.

ARGE FÜR WEHRDIENST-
VERWEIGERUNG UND
GEWALTFREIHEIT – SALZBURG

Aktionstage gegen Abschiebung

Durch ein Straßentheater sahen sich am 10. und 14. Oktober die Menschen in der Wiener Innenstadt mit dem rechtsstaatlichen Mittel der zwangsweisen Abschiebung konfrontiert. Menschen werden durch Gesetze für illegal erklärt. Menschen kommen ins Gefängnis, weil ihnen der Aufenthalt in Österreich nicht genehmigt wurde. Wenn nötig, folgt die zwangsweise Abschiebung.

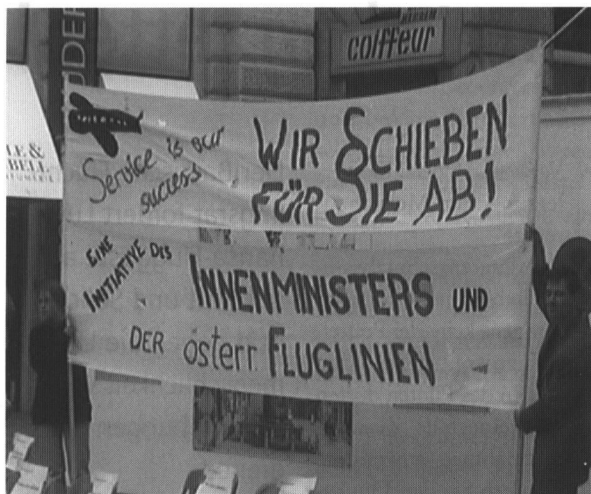
Wer bei der Abschiebung per Flugzeug Widerstand leistet, wird gefesselt und ge-

knebelt. Seit dem Tod von Marcus Omofuma, welcher am 1. Mai beim Abschiebflug nach Sofia in einer Linienmaschine der Balkan Air unter der Aufsicht von drei österreichischen Beamten starb, ist die gängige Praxis des Innenministeriums allgemein bekannt – sogar dem Innenminister. Auch österreichische Fluglinien helfen bei der Abschiebung mittels Linienflug mit.

Nachdem im September 1998 belgische Beamte die Asylwerberin Sémia Adamu

in einem Flugzeug der Sabena mit einem Kissen erstickten, wies die belgische Pilotenvereinigung im Juli 1999 ihre Mitglieder an, die Rückführung von AusländerInnen mit Polizeieskorte systematisch zu verhindern. Die Internationale Transportarbeitergewerkschaft (ITF) ruft alle ihre Mitglieder auf, die Mitarbeit bei inhumanen Methoden der gewaltsamen Abschiebung zu verweigern. Diese Formulierung impliziert die Möglichkeit einer gewaltsamen Abschiebung

ARGE FÜR WEHRDIENST-
VERWEIGERUNG UND
GEWALTFREIHEIT – WIEN



mit humanen Methoden. So unterstützt die Personalvertretung von Lauda Air einerseits den Aufruf der ITF und gleichzeitig bestätigte Niki Lauda eine weitere Zusammenarbeit bei Abschiebun-

gen. Unser Appell „Laßt keine Abschiebungen zu!“ richtet sich sowohl an Flugreisende, als auch an das Personal von Linien- und Char-
taflügen!

Was kann ich als Fluggast tun, um Abschiebungen zu verhindern?

Aktionstage in Deutschland, am 3. und 10. Oktober, informierten in mehreren Städten die Menschen direkt auf dem Flughafen über ihre konkreten Handlungsmöglichkeiten (siehe Beitrag der Salzburger Arge WDV!).

Zivilcourage kann Menschenleben retten – das belegt der Linienflug von Zürich nach Yaoundé (Kamarun). Der Flüchtling Lombesi Lukombo wurde von Schweizer Beamten in einen Overall gesteckt, gefesselt und mit Klebeband an den Sitz gebunden. Sein Mund wurde verklebt und es wurde ihm ein Helm aufgesetzt. Bei der Zwischenlandung entdeckten andere Passagiere den hinter einem Vorhang versteckten Lombesi und befreiten ihn. Lombesi mußte in die Schweiz zurückgefliegen und freigelassen werden, da die erlaubte Dauer der Schubhaft bereits erschöpft war.

Die EU-Staaten errichten eine Mauer nach der anderen, um Flüchtlinge davon abzuhalten, bei uns Schutz zu suchen und zu erhalten. Die Abschottungspolitik geht dabei über Leichen. So zählte UNITED (europäisches Menschenrechtsnetzwerk) seit 1993 bis heute 1021 Todesopfer, die dieser Politik zuzuordnen sind. Am 14. und 15. Oktober 1999 fand in Tampere (Finnland) ein EU-Sondergipfel statt, welcher dazu diente, weitere migrationspolitische Weichen für die Zukunft zu stellen. Das Ziel: Flüchtlinge sollen in den Herkunftsregionen festgehalten werden. Der Weg: Europa weit koordinierte Kontrollstellen, Hochrüstung der Außengrenzen, Zerschlagung von Fluchtrouten und der Ausbau des Schengeninformationssystems...

Wir fordern von der EU: Offene Grenzen, keine Schubhaft, keine Abschiebungen. Wir beauftragten die Regierung, in Tampere beim EU-Gipfel diese Forderungen zu vertreten und in Österreich dafür zu sorgen, dass die menschenverachtende Praxis der Schubhaft und der gewaltsamen Abschiebung beendet wird!

Neutralität in Europa – Analysen

Neutrality in Europe. Analysen von Friedensbewegungen zur gesamteuropäischen Sicherheitspolitik. Herausgegeben von Thomas Roithner. Preis: öS 100,- Kontakt: Thomas Roithner, Moosleite 3a, A-4053 Haid. Das Buch ist auch bei der ARGE für Wehrdienstverweigerung in Wien 1, Schottengasse 3a/1/4/59 erhältlich.

In diesem Sammelband präsentieren 18 AutorInnen ihre Vorstellungen für ein friedliches Europa auf Basis des Konzepts der Neutralität. Sie kommen zumeist aus BürgerInnenbewegungen für Neutralität oder stehen mit diesen Bewegungen in engem Austausch. Dass diese Bewegungen hierzulande gänzlich unbekannt sind,

passt in das Bild der politischen Eliten, die die Neutralität stets als isoliertes und abgekapseltes Sicherheitskonzept aus der Mottenkiste der internationalen Beziehungen darstellen. Die mit der Neutralität in enger Verbindung stehende Praxis der Nuklearwaffenfreiheit, der nichtmilitaristischen Konfliktlösung, dem Anbieten

„Guter Dienste“, der glaubwürdigen und präventiven Diplomatie oder auch der Solidarität zwischen Nord und Süd wird unter den Teppich gekehrt. Wie sich die VertreterInnen von Neutralitätsbewegungen verschiedener europäischer Staaten eine neue Friedensordnung vorstellen wird in diesem Buch skizziert.

Die Friedenssteuer



Im Zeitalter der Privatisierungen werden auch gesellschaftspolitischen Einrichtungen die Förderungen gestrichen, zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die Gesellschaft unter Druck von Medien und ökonomischen-politischen Kräften nach rechts formieren läßt. Damit werden auch wir in unserer Arbeit zunehmend auf den Privatsektor als finanzielle Basis angewiesen werden. Allerdings werden unsere Anliegen nicht von

Multinationalen Konzernen oder privatwirtschaftlich orientierten Instituten unterstützt, sondern von Individuen. Diese geben damit ihrer Hoffnung Ausdruck, daß diesem Alltagsdruck, der jene mühsam in den siebziger Jahren in zentrale Positionen gerückten Werte wie Frieden, menschengerechtes Arbeiten, die Menschenrechte, als nicht zeitgemäß und der Kapitalverwertung entgegenstehend qualifiziert, noch immer Widerstand geleistet wird. Auch durch das Aufrechterhalten, das Ermöglichen unserer Arbeit, die in dieser Tradition des Kampfes für Menschenrechte steht.

**Spenden an die ARGE für Wehrdienstverweigerung,
Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung:
BAWAG (BLZ 14000) Kto.Nr. 100 10 6705 73**

Die Zivildienstberatung



jeden Montag
ab 1800 Uhr
in der Bürogemeinschaft
1010 Wien,
Schottengasse 3a/1/4/59

Die Armeeabschaffung

Die ARGE für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung begrüßt den Beginn der Diskussion über den staatlichen Zwangsdienst. Das Bundesheer erfüllt keinen Zweck, der nicht von einer zivilen Organisation besser und kostengünstiger übernommen werden kann. Die Vision der Militärstrategen vom Kampf der Kulturen und vom Krieg in Europa ist eine gefährliche, weil die Armeen ihre Visionen mit Nachdruck umzusetzen versuchen. Ihre Prophezeiungen erfüllen sich somit, wenn die zivile Gesellschaft nicht stark genug dagegen ankämpft. Deshalb fordert die ARGE für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung die Abschaffung des Bundesheeres.

Wird die Diskussion ausschließlich um den Zivildienst geführt, ist das eine Themaverfehlung. Der Zivildienst als staatlicher Zwangsdienst ist gleichzeitig mit der allgemeinen Wehrpflicht zu Grabe zu tragen, da er als Wehrrersatzdienst für Wehrdienstverweigerer konzipiert ist.

Befreien wir den Zivildienst vom Zwangskorsett, schaffen wir alternative zivile Dienste auf freiwilliger Basis, gut bezahlt und mit einer professionellen Ausbildung!

Armeeabschaffungswein

Preis pro Flasche/für Mitglieder der ARGE oder ab 12 Flaschen

Weinbau Walter Zehetmayer, Feuersbrunn, NÖ

___ Flaschen	WEINVELTLINER	Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-
___ Flaschen	WEINZWEIGELT	Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-

Weinbau Walter und Gabriele Mühlegger, Soss, NÖ, Ernte für das Leben

___ Flaschen	WEINCHARDON	Chardonnay, trocken, fruchtig	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINRIESLING	Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINPINOTNOIR	Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINBLAUER	Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINSTEFANIE	Cuvée Stefanie, Qualitätssekt aus Welschriesling und Grünem Veltliner	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINROSE	Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINGLÖGER	Glögerbrand, Destillat aus Hefe und Fruchtanteilen nach der Gärung	210,-/195,-

Plaimont Producteurs, St. Mont, Frankreich

___ Flaschen	WEINPLAIMONT	Plaimont Sélection, fruchtiges, unkompliziertes Rotwein-Cuvée	90,-/85,-
--------------	--------------	---	-----------

Bei Versand: zuzüglich 20% Versandkosten

T-Shirts, Präserlⁿ, Feuerzeuge, Anstecker

Einzelpreis

___ Stück	TSHIRTASYL XL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL	120,-
___ Stück	TSHIRTASYL XXL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XXL	120,-
___ Pkg.	PRÄSERL	Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück	20,-
___ Stück	FEUERZEUG	Feuerzeug „Bundesheer abschaffen“	20,-
___ Stück	ANSTECKER	Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“	25,-

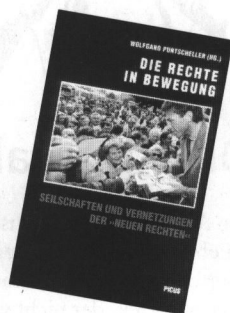
☐ Ich interessiere mich für die **Friedenssteuer** – senden Sie mir den Faltprospekt mit näheren Informationen zu!

Das Abo-Geschenk

NeuabonnentInnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der beiden nachstehenden Bücher. Rasch bestellen und Geschenkwunsch ankreuzen!



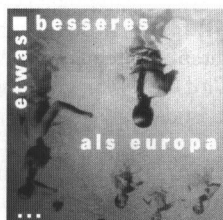
Ernst Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg** Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung



Wolfgang Purtscheller (Hg.): **Die Rechte in Bewegung** Seilschaften und Vernetzungen der „Neuen Rechten“



Aktuell: T-Shirts „Kein Mensch ist illegal“



Fast neu: CD „Etwas besseres als Europa“
total time 1:16:03

attwenger • b.d.f. • bone • dharma
bums insane • die knödel • hermann
wurzer • loud • m.g. firebug • naked
lunch • play the tracks of • puemp
• reas • schönheitsfehler • scrooge
• shaken not stirred • sigi maron •
sigis bruder • the more extended versions • those who survived the plague



Dauerbrenner: Ratgeber
Wehrdienstverweigerung

Die Abo-Bedingungen

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (Bestellschein unten). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Das Probeabo: Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen.

Preise:

Österreich: 250,- ATS
Ausland: 350,- ATS
Übersee: 450,- ATS
Förderabo: 700,- ATS

Bestellschein bitte senden (faxen) an: Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Die Abo-Bestellung

Ich bestelle hiemit ein

- ☐ Abonnement
☐ Förderabonnement
☐ Probeabonnement

der Zeitschrift **Context XXI**

ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

Als Abo-Geschenk

wähle ich folgendes Buch:

- ☐ Purtscheller: **Die Rechte in Bewegung**
☐ Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg**

Die Mediadaten

- ☐ Ich bin eventuell an einer Einschaltung in der Zeitschrift und/oder in der Internet-Ausgabe von **Context XXI** interessiert. Senden Sie mir bitte Mediadaten und Terminplan.
☐ und kontaktieren Sie mich telefonisch unter der Nummer:

Einzelhefte, Broschüren, T-Shirts, CDs ...

Einzelpreis

___ Stück	ZOOM0000	ZOOM-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	ZOOM97045	Broschüre: Ratgeber Wehrdienstverweigerung – Zivildienst u.a.	50,-
___ Stück	ZOOM98067	Broschüre: Europa 2001 – Odyssee im Weltmarkt	70,-
___ Stück	ZOOM96045	Broschüre: Es muß nicht immer GLADIO sein – Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken ..	70,-
___ Stück	ZOOM97012	Broschüre: ImmerWEHREnd – NATO-Integration, Neutralitätsbrüche, Militarisierung	70,-
___ Stück	CDEUROPA	CD: Etwas besseres als Europa	80,-
___ Stück	TSHIRTKEIN SK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal , schwarz, Aufdruck klein ☐ M ☐ L ☐ XL	120,-
___ Stück	TSHIRTKEIN SG	T-Shirt Kein Mensch ist illegal , schwarz, Aufdruck groß ☐ M ☐ L ☐ XL	120,-
___ Stück	TSHIRTKEIN BK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal , blau, Aufdruck klein, Größe XL	120,-
___ Stück	TSHIRTKEIN BG	T-Shirt Kein Mensch ist illegal , blau, Aufdruck groß, Größe XL	120,-

Besteller/in:

Datum:

IG Kultur Dokumentationen

NEU!

sektor3medien99

Kurskorrekturen
zur Kultur- und Medienpolitik

Hg.: Gerald Raunig, Martin Wassermair
183 Seiten, öS 190,- (Mitglieder öS 160,-)
zzgl. Versandkosten
IG Kultur Österreich 1999,
ISBN 3-9500544-4-8

Eine Dokumentation der Medienkonferenz
Linz 1999. Mit Beiträgen von: *Eric Kluitenberg, Claus Leggewie, Oliver Marchart, Robert Zöchling, Konrad Becker u. a.*

Bestellungen im Büro der IG Kultur
Österreich, Viktorgasse 22/8, A-1040 Wien,
Tel.: 01/503 71 20, Fax: 01/503 71 20-15,
e-mail: ig.kultur@thing.at



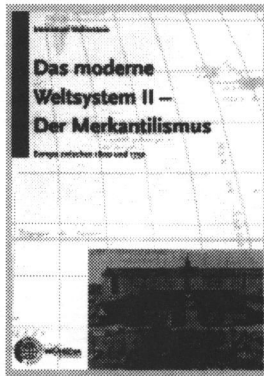
IG Kultur Österreich

Immanuel Wallerstein

Das moderne Weltsystem II – Der Merkantilismus Europa zwischen 1600 und 1750

440 Seiten, br., öS 423,-; DM 58,-; sFr. 52,50;
ISBN 3-85371-138-3; *Edition Weltgeschichte*

Wallerstein zeigt, wie das Wesen
des Kapitalismus seit jeher dar-
in bestand, die Länder der Peri-
pherie nach den wirtschaftlichen
Bedürfnissen des Zentrums zu-
zurichten, und wie innerhalb des
Zentrums (und an dessen Rän-
dern) seit dem 16. Jahrhundert
ein erbitterter Kampf um die
ökonomische und politische He-
gemonie entbrannte. Mit der
vorliegenden Übersetzung sind
beide Bände des Klassikers von
Immanuel Wallerstein erstmals
in deutscher Sprache lieferbar.



PROMEDIA

Immanuel Wallerstein

Das moderne Weltsystem – Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft

596 Seiten, geb., öS 496,-; DM 68,-; ISBN 3-85371-142-1

Gesamtkatalog anfordern bei: Promedia, A-1080 Wien,
Wickenburggasse 5/12; Fax: 0043/1/405 71 59 22

Context XXI im Buchhandel:

Die Zeitschrift ist in folgenden, gut sortierten Buchhandlungen erhältlich:

Wien: Bücher-Zentrum Wipplingerstraße • Infoladen 10 •

Monte Verità • Kolisch • Winter • Zentralbuchhandlung

Berlin: Argument • Schwarze Risse

VHS-Kurs mit Stephan Grigat

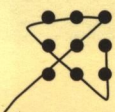
Antisemitismus und Rassismus (Nr. 411019)

Antisemitismus und Rassismus haben das 19. und 20. Jahrhundert nachhaltig geprägt. Bis heute finden sich in zahlreichen Ländern antisemitische und rassistische Vorstellungen, die allzu oft in eine Diskriminierungs- und Verfolgungspolitik umgesetzt werden. In dem Kurs sind die Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Rassismus und Antisemitismus zu erarbeiten. Von der historischen Entstehung bis zur aktuellen Ausprägung sollen rassistische und antisemitische Denk- und Verhaltensweisen untersucht und diskutiert werden. Besondere Berücksichtigung wird dabei die Zeit des Nationalsozialismus erfahren. In bezug auf die heutige Zeit gilt es, insbesondere versteckte, weniger offensichtliche Formen von Antisemitismus und Rassismus aufzuzeigen.

3. Dezember 1999 – 21. Januar 2000, Freitag, 17.00 – 18.30, Kursbeitrag 280,- ÖS

Anmeldungen an die VHS-Meidling,

Längenfeldgasse 13 – 15, 1120 Wien, Tel.: 810 80 67, Fax: 810 80 68-76110, E-mail: office@meidling.vhs.at



Grüne Bildungswerkstatt Wien

Context XXI



Grüner Rathausklub

Dealerparanoia

Rassismus, Drogen und Organisierte Kriminalität

Diskussion

am 15. Dezember 1999

von 17⁰⁰ bis 22⁰⁰ Uhr im Wiener Rathaus

Begrüßung:

Susanne Jerusalem

Gemeinderätin der Grünen (Wien)

Christoph Teuber

Gruppe RatioRauschRevolution (Hamburg)

**Rassistische und antisemitische Ressentiments
in der Hetze gegen Drogen und DealerInnen**

Bukasa Di Tutu

Leiter des Zentrums für afrikanische Perspektiven (Wien)

Zwischen Illegalisierung und politischer Euthanasie

Karin Sohler

Politikwissenschaftlerin (Wien)

Der Diskurs über Organisierte Kriminalität und Migration

N.N.

VertreterIn der Gesellschaft für Menschenrechte von Marginalisierten und ImmigrantInnen (Wien)

**Nach der „Operation Spring“ –
die Situation der Inhaftierten**

Moderation:

Stephan Grigat und Robert Zöchling

Context XXI

anschließend Buffet